

— Editorial

Zäsuren in der Berufsbildung

Inzwischen beginnen jährlich mehr junge Menschen ein Studium als eine berufliche Ausbildung. Martin Baethge und Markus Wieck berichten in ihrem Leitartikel über diese Wende in der deutschen Bildungsgeschichte. Sie zeigen, welche langfristigen Trends zu dieser Entwicklung geführt haben und welche weitreichenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft sich hiermit verknüpfen können.

Mit einer ganz anderen Zäsur für das deutsche Berufsbildungssystem befasst sich ein weiterer Beitrag: Mit der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat sich die Bundesrepublik auf allen Ebenen des Bildungssystems zur Integration von Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Wie der Artikel zeigt, stellt der dafür notwendige Pfadwechsel für das deutsche Berufsbildungssystem eine große Aufgabe dar. Beide Artikel bilden mit dem Thema „Berufliche Bildung“ einen Schwerpunkt dieser Ausgabe der Mitteilungen. Sie gehen zurück auf den nationalen Bildungsbericht, in dessen Rahmen das SOFI auch in 2014 wieder für das Thema be-

rufliche Bildung zuständig war. Bildung als ein öffentliches Gut wird auch von Berthold Vogel in seinem Beitrag zum noch weitgehend unerschlossenen Forschungsfeld „Öffentliche Güter“ angesprochen.

In weiteren Beiträgen dokumentieren wir Beiträge aus dem SOFI zum diesjährigen Soziologiekongress, der im Oktober in Trier stattfand. Berthold Vogel schreibt hier über den Umgang der Mittelschichten mit Krisen. Kai Marquardsen diskutiert die Wirkung aktivierender Arbeitsmarktpolitik auf Leistungsempfänger. Harald Wolf stellt Forschungsergebnisse zur Auswirkung der zunehmenden Fragmentierung der Arbeitswelt auf das Gerechtigkeitsempfinden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor. Letzterer Beitrag steht auch in engem inhaltlichen Zusammenhang mit der vierten Tagung aus der SOFI-Veranstaltungsreihe „Work in Progress“. Diese wird am 23. und 24. März 2015 unter dem Titel „Was bewegt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Arbeitsbewusstsein und Gesellschaftsbild revisited“ stattfinden. Näheres dazu in diesem Heft.

Inhalt:**Schwerpunkt**

Berufliche Bildung:	Neue Konstellation zwischen Berufsausbildung und Hochschulstudium: Wendepunkt in der deutschen Bildungsgeschichte	2
	Menschen mit Behinderungen: Inklusion in der beruflichen Bildung	6
Aus den Projekten:	Öffentliche Güter als Bausteine einer lebendigen Demokratie	9
	Hartz IV – Grenzen der Aktivierbarkeit	11
	Zukunft der Arbeitsteilung und moralische Ökonomie: „Es ist schon irgendwo relativ ungerecht ...“	15
	Die Mittelschicht – ein Krisenroutinier?	19
Kommentar:	Mehr Tarifeinheit per Gesetz?	22
Tagungsbericht:	Finanzmarktorientierung und Innovation – ein Widerspruch?	24
Tagungsankündigung:	Work in Progress 2015: Was bewegt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Arbeitsbewusstsein und Gesellschaftsbild revisited	25
Veröffentlichungen:	Erneuerbare Energien – Gesellschaftliches Realexperiment mit offenem Ausgang	28
	Vorträge und Veröffentlichungen von SOFI-MitarbeiterInnen	27
Veranstaltungen:	Industrie 4.0 – Podiumsdiskussion zur Arbeitswelt der Zukunft	29
	SOFI-Forschungskolloquium	32
Personalia		32
Impressum		14

■ Neue Konstellation zwischen Berufsausbildung und Hochschulstudium

Wendepunkt in der deutschen Bildungsgeschichte

Martin Baethge; Markus Wieck

Zwei Daten markieren einen sich seit langem anbahnenden Wendepunkt in der deutschen Bildungsgeschichte¹. 2011 verzeichnete die Bildungsstatistik 523.577 Neuzugänge zur dualen Berufsausbildung und 522.306 Studienanfängerinnen und -anfänger. Die Relation stabilisierte sich in den Folgejahren (Abb. 1), sodass man zum ersten Mal in der deutschen Bildungsgeschichte von einem Gleichstand von Studienanfängern und Neuzugängen zur dualen Berufsausbildung sprechen kann. Die beiden anderen Ausbildungssektoren – das Schulberufssystem, das seit der Jahrhundertwende um ein Fünftel angewachsen ist, und das Übergangssystem, das im gleichen Zeitraum aufgrund einer demografisch bedingt fallenden Nachfrage um 44 % geschrumpft ist – können für die folgende Argumentation zunächst außer Betracht bleiben. Verlängert man die Zeitreihen der letzten 20 Jahre nach vorn, wird sich das Gewicht der beiden großen Ausbildungssektoren in naher Zukunft umkehren und wird nicht mehr das duale System, das von vielen im In und Ausland als das Flaggschiff des

deutschen Ausbildungssystems insgesamt gerühmt wird, den Schwerpunkt der Berufsausbildung abgeben, sondern das Hochschulstudium. Die Zeitreihen zur Entwicklung beider Ausbildungssektoren lassen kaum einen anderen Schluss zu.

Die neuen Daten haben der im vergangenen Jahrzehnt immer einmal wieder aufflackernden Kontroverse über die angemessene bildungspolitische Strategie für die Fachkräftesicherung neuen Auftrieb gegeben: Trifft eine Bildungspolitik, die vor allem auf Expansion des Hochschulstudiums setzt, die zukünftigen in Wirtschaft und Gesellschaft erforderlichen Kompetenzen besser als eine Strategie, die auf Stabilität und Ausbau der mittleren Fachkräfteausbildung zielt? Aktuell steht in der öffentlichen Debatte für die eine Seite der Kontroverse der OECD-PISA-Koordinator Andreas Schleicher, der mit „Education at a Glance“ der Bundesrepublik jährlich eine im internationalen Vergleich zu niedrige Studierendenquote vorwirft. Für die andere Seite lässt sich Julian Nida-Rümelin mit seiner Warnung vor einem „Akademisierungswahn“ (FAZ vom 1.9.2013) anführen.

Die Entwicklung der Zahlen für Hochschul- und Berufsausbildungsanfänger lassen die Schleicher-Kritik immer weniger berechtigt erscheinen. Auch die Position „Akademisierungswahn stoppen“ geht an der neuen Entwicklungsdynamik der ausbildungssektoralen Verschiebungen vorbei. Der Satz „Es muss nicht jeder studieren“ oder – in der gediegeneren Diktion Nida-Rümelins – „nicht Universitätsstudium für alle“ (FAZ 1.9.2013) ist so richtig wie trivial. Insofern könnte man über ihn hinweggehen, wenn er in der gegenwärtigen Situation nicht zwei folgenreiche Missverständnisse beförderte: zum einen die Vorstellung, dass man angesichts erwartbarer demografisch bedingter Fachkräftengpässe und kleinerer Schulentlassjahrgänge die Konkurrenz zwischen Studium und Berufsausbildung zugunsten der letzteren umsteuern müsse. Zum anderen die damit eng verbundene Annahme, dass die gegenwärtigen ausbildungssektoralen Verschiebungen in ihren Ursachen überhaupt viel mit politischer strategischer Steuerung zu tun hätten. Haben sie das nicht, dann läuft die politische Empfehlung, den Zugang zum Hochschulstudium zu drosseln, ins Leere. Ein Blick auf die historische Entwicklung der beiden großen Ausbildungssektoren zeigt, dass sie politisch wenig mit Bezug aufeinander gesteuert worden sind.

In den Ursachen für die ausbildungssektoralen Verschiebungen schneiden sich, auf einen kurzen Nenner gebracht, völlig unterschiedliche Entwicklungslinien der Bildungsgeschichte, die in den letzten beiden Jahrhunderten weitgehend berührungsfrei nebeneinander verliefen: die höhere Allgemeinbildung für die mittleren und höheren Schichten des Bürgertums sowie die von ihnen ausgeübten Berufe im Staatsdienst und den freien Professionen und die berufliche Ausbildung für den Fachkräftenachwuchs von Industrie und Gewerbe, der sich im Wesentlichen aus

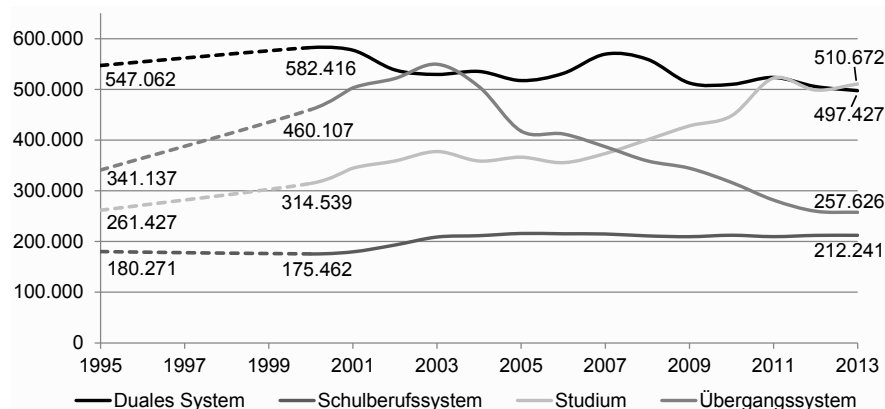


Abb. 1: Neuzugänge zu allen Sektoren beruflicher Erstausbildung 1995 bis 2013* (Anzahl)
 * Werte zwischen 1995 und 2000 wurden interpoliert.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung (Schulstatistik, Hochschulstatistik, Personalstandstatistik – für Beamtenausbildung im mittleren Dienst), Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB –Trägerschaft des Teilnehmers

der Arbeiterklasse und den unteren Bürgerschichten rekrutierte. Mit der Bildungsreform der 1960er Jahre, die im Wesentlichen als Expansion höherer Allgemeinbildung ablief und die Berufsausbildung mehr oder weniger links liegen ließ, wurden Bildungsmotivation und -interesse von bis dato nicht bekanntem Ausmaß in der Bevölkerung, vor allem in den expandierenden Mittelschichten freigesetzt. Seit Beginn der 1960er Jahre vervielfachte sich die Zahl der Studienberechtigten und die Zahl der Studienanfänger; letztere verdoppelte sich allein in den letzten 20 Jahren von etwa 260 Tsd. (1995) auf 510 Tsd. (2013) (Abb. 1). Diese Entwicklung folgt weniger einer politischen Arbeitskräftestrategie; sie ist vielmehr vorrangig als Resultat des wachsenden Bildungsinteresses in der Bevölkerung zu begreifen. Als solches ist sie auch nicht politisch regulierbar und wird sich als Bildungsnachfrage weiterhin Gehör und Raum verschaffen.

Parallel zur Hochschulexpansion hat sich auch in der dualen Berufsausbildung seit Anfang der 1960er Jahre ein Anstieg vollzogen, der sich – nicht zu-

sacht, da im ganzen Jahrzehnt die Ausbildungsnachfrage das -angebot erheblich überstieg. Die Gründe für den Rückgang haben wenig mit steigenden Anteilen von Studienberechtigten und Studienanfängern an den Alterskohorten zu tun. Sie liegen im Ausbildungsverhalten der Unternehmen und den es bedingenden strukturellen ökonomischen Faktoren.

Wie wenig die Entwicklung in der dualen Berufsausbildung im letzten Jahrzehnt politisch steuerbar war, zeigt sich daran, dass die Rückläufigkeit des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots sich trotz vielfältiger politischer Initiativen durchsetzte. Weder haben der seit 2004 laufende Ausbildungspakt zwischen Politik (Bund und Länder) und Wirtschaftsverbänden noch die breite politische Rhetorik zu drohenden Fachkräftengpässen und die mit ihr verbundenen Appelle an die Unternehmen, mehr Ausbildungsplätze bereit zu stellen, noch auch die korporatistische Steuerung der dualen Ausbildung den Abschwung verhindern und ein bedarfsgerechtes Ausbildungsplatzangebot bewirken können.

Auszubildenden an den abhängig Beschäftigten aus. In Abb. 2 ist eindrucksvoll zu sehen, wie sich seit 2008 die Kurven von Beschäftigten und Auszubildenden stark gegenläufig entwickeln, nachdem sie vorher mehr oder weniger parallel verliefen. Da im ganzen Zeitraum die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen größer als das Angebot war (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, div. Jahrgänge), bedeutet dies, dass die Betriebe in jüngster Zeit entweder weniger Fachkräfte benötigen oder ihren Bedarf anders als durch Ausbildung decken, z. B. durch Substitution mit höher oder auch mit geringer qualifizierten Arbeitskräften.

Der in die gleiche Richtung laufenden Ausbildungsbetriebsquote (Ausbildungsbetriebe je 100 Betriebe einer Kategorie) liegt eine analoge Dynamik zugrunde: Die Zahl der Betriebe steigt, die der Ausbildungsbetriebe sinkt. Mit anderen Worten: Es werden entweder mehr neue Betriebe gegründet, die nicht ausbilden, oder eine steigende Zahl alter Ausbildungsbetriebe verabschiedet sich von der Ausbildung.

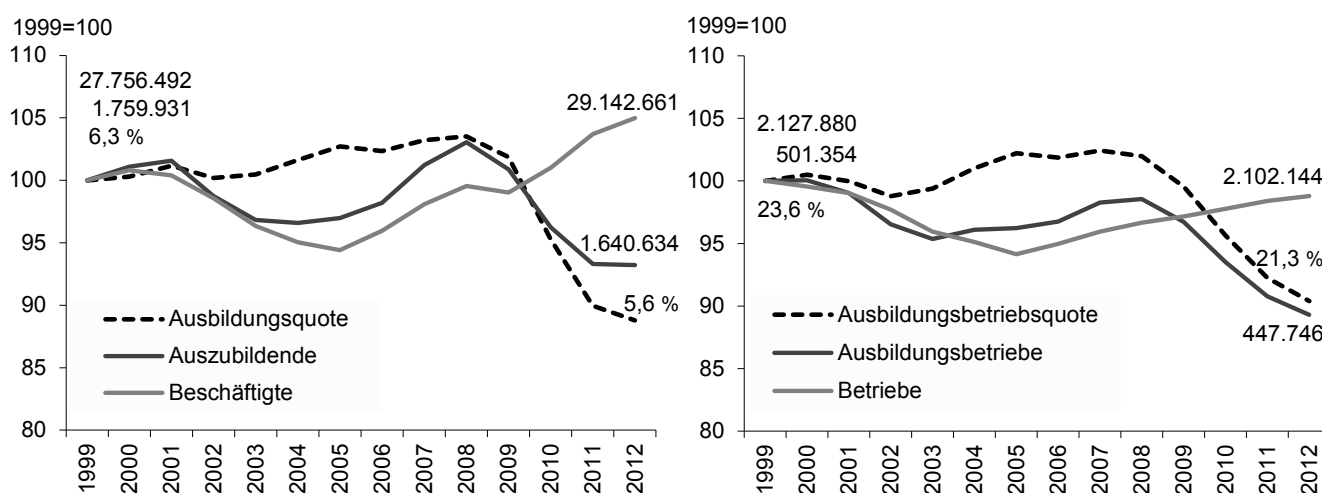


Abb. 2: Beschäftigte, Auszubildende und Ausbildungsquote sowie Betriebe, Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsbetriebsquote 1999 bis 2012 (Stichtag 31.12.) (Index, 1999=100)

Quelle: Beschäftigten- und Betriebsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des BIBB, eigene Berechnungen

letz aufgrund demografisch bedingten Nachfrageanstiegs – bis Mitte der 1980er Jahre (mit Schwankungen) stabilisierte. Erst ab dann ist ein Rückgang der Neuzugänge zur dualen Ausbildung zu beobachten, allein zwischen 2000 und 2013 um 16% (Abb. 1). Dieser Rückgang ist eindeutig angebotsver-

Offensichtlich wirken hier langfristige Tendenzen gegen die betriebliche Berufsausbildung. Sie finden ihren Ausdruck in der Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote. Beide Quoten gehen seit der Jahrhundertwende um etwa 10 % zurück (Abb. 2). Die Ausbildungsquote drückt den Anteil von

Der Rückgang in den Ausbildungszahlen verteilt sich höchst ungleich auf die Ausbildungsbereiche und -berufe. Nach Ausbildungsbereichen nahm die Zahl der Neuverträge in den letzten zwanzig Jahren im IHK-Bereich um gut ein Fünftel zu, wobei die Steigerung nur bis 2007 lief; im Handwerkskam-

merbereich sank sie dagegen kontinuierlich um insgesamt fast 40 %, bei den Freien Berufen um annähernd 30 %. Die Tendenz bei den Ausbildungsbereichen wird in der Ausbildungsentwicklung nach Berufen bestätigt, allerdings mit einer aufschlussreichen Polarisierung bei den IHK-Berufen: die Fertigungsberufe nehmen insgesamt stark ab, am stärksten bei den eher qualifizierten Ausbildungsvarianten (Elektroniker, Elektroniker für Betriebstechnik, Industriemechaniker u. a.) bei Zunahme weniger qualifizierter Varianten (Fachkraft für Lagerlogistik, Zerspanungsmechaniker), während die kaufmännischen und IuK-Berufe expandieren (Ausnahme: Bank und Sparkassenkaufleute). Beide Entwicklungen (Ausbildungsbereiche und Berufe) dokumentieren einmal mehr, dass mehr ausbildungs- und beschäftigungsstrukturelle Faktoren als Bildungsentwicklungen hinter den beobachtbaren Verschiebungen in der Berufsausbildung stehen.

Zum Zusammenhang von Ausbildungsstruktur und Bildungsentwicklung

Dass sich das Berufsausbildungssystem und die Bildungsexpansion weitgehend unabhängig voneinander nach unterschiedlichen Parametern entwickelt haben, bedeutet nicht, dass es keine Wirkungszusammenhänge zwischen beiden gäbe, die Ausbildungsbeteiligung und -chancen der Jugendlichen beeinflussten und darüber auch Rückwirkungen auf Ausbildungsentscheidungen

und -ströme hätten. Die Effekte lassen sich in zwei eng miteinander verbundenen Bewegungen darstellen: zum einen über Ausbildungsentscheidungen und -beteiligung unterschiedlicher Schulabsolventengruppen, zum anderen über die zunehmende Segmentierung nach schulischem Vorbildungsniveau im Berufsbildungssystem (als Näherungsindikator für soziale Herkunft).

Die Zusammensetzung der Neuzugänge zur dualen Ausbildung nach schulischer Vorbildung hat sich erwartungsgemäß in den beiden letzten Dekaden verändert, allerdings nicht entsprechend den Verschiebungen ihres Absolventenanteils an der gleichaltrigen Bevölkerung²: Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss münden

leicht überproportional in eine duale Ausbildung ein (2012 im Verhältnis 32 zu 29 %), Schulabsolventen mit mittlerem Abschluss leicht unterproportional und solche mit Studienberechtigung weit unterproportional (Abb. 3). Letzteres ist zwar nicht sehr überraschend, da die Studienberechtigung traditionell als Einstiegsbillett für ein Hochschulstudium genutzt wird. In unserem Zusammenhang ist diese Absolventengruppe aber die mit Blick auf die Nachwuchsrekrutierung besonders zu beachtende, da sie aktuell auf über die Hälfte einer Alterskohorte expandiert ist und ein Teil von ihr schon immer die Hochschulzugangsberechtigung nicht zum Studium, sondern zu einer Berufsausbildung unterhalb der Hochschulebene genutzt hat.

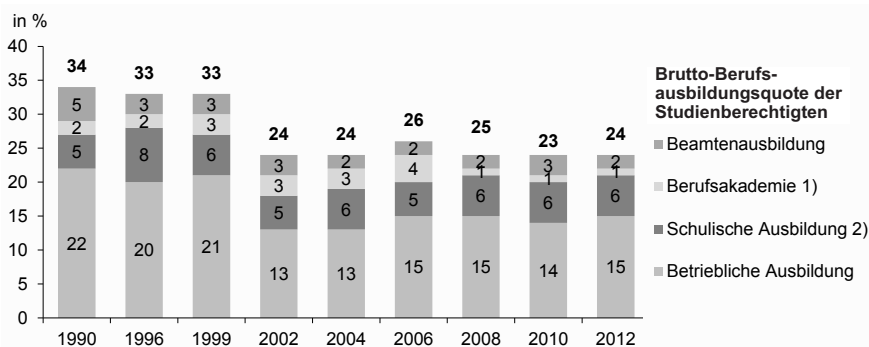


Abb. 4: Brutto-Berufsausbildungsquote* im Zeitverlauf (in %)

* Anteil der Studienberechtigten, die eine berufliche Ausbildung aufgenommen haben bzw. eine solche Aufnahme sicher planen.

- 1) seit 2008 ohne ehemalige Berufsakademien bzw. heutige Duale Hochschule Baden-Württemberg
- 2) Besuch einer Berufsfachschule, Fachschule, Fachakademie oder einer Schule des Gesundheitswesens.

Quelle: HIS-Studienberechtigtenbefragung

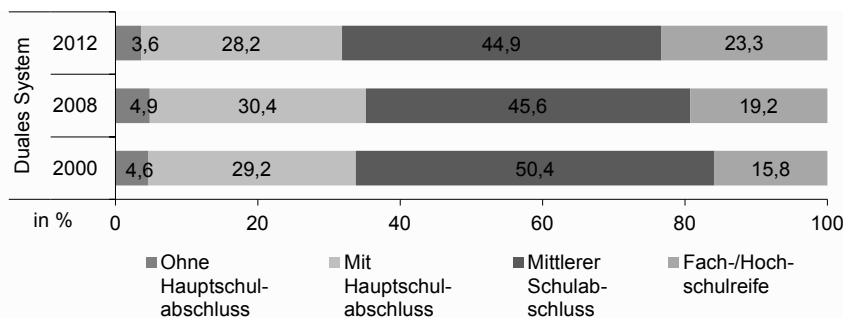


Abb. 3: Zusammensetzung der Neuzugänge im dualen Berufsbildungssystem nach schulischer Vorbildung* 2000, 2008 und 2012

* Ohne Neuzugänge mit Abschluss oder sonstigen Abschlüssen; 2000 enthält zusätzliche Maßnahmen der BA sowie Doppelzählungen zwischen schulischen und außerschulischen Übergangmaßnahmen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Integrierte Ausbildungsberichterstattung (Schulstatistik, Hochschulstatistik, Personalstatistik – für Beamtenausbildung im mittleren Dienst), Bundesagentur für Arbeit, Bestand von Teilnehmern in ausgewählten Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik mit SGB-Trägerschaft des Teilnehmers

Mit Verallgemeinerung der Studienberechtigung musste dieser Anteil steigen, tat er zunächst auch bis Anfang der 1990er Jahre (vgl. Baethge/Wieck 2013, S. 65 ff.). In neuerer Zeit aber sinkt der Anteil der Studienberechtigten, die eine berufliche Ausbildung ansteuern, erheblich von einem Drittel (1999) auf knapp ein Viertel (2012). Die relative Abnahme ist in der dualen Ausbildung noch größer (von 22 auf 15 % – Abb. 4). Wegen der starken Expansion der Studienberechtigten nimmt die absolute Zahl von Studienberechtigten in der beruflichen Ausbildung zwar zu, aber weit unterproportional zu ihrem Anstieg pro Entlassjahrgang: Stieg dieser von 2000 bis 2012 um 61 %, so erhöhte sich die Zahl der Studienberechtigten

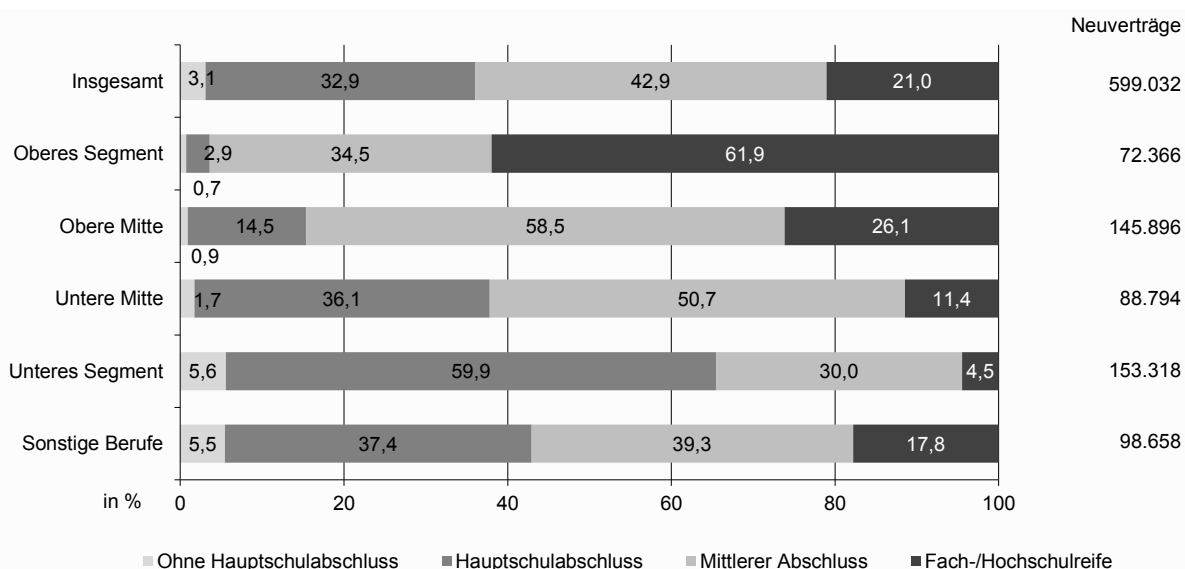


Abb. 5: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2010 nach Berufssegmenten und schulischem Vorbildungsniveau (in %)
 Quelle: Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012

an den Neuzugängen zum dualen System nur um 27 %. Offensichtlich hat die duale Ausbildung in neuerer Zeit für Studienberechtigte an Attraktivität eingebüßt. Für die Nachwuchsrekrutierung wird das vor allem deswegen folgenreich, weil sowohl die Zahl der Jugendlichen mit mittlerem als auch mit maximal Hauptschulabschluss zurückgehen wird.

Das Nachwuchsproblem für das duale System verstärkt sich noch dadurch, dass wegen der inzwischen verfestigten Segmentationstendenzen in der Berufsausbildung das vorhandene Ausbildungspotential am unteren Ende der Qualifikationspyramide von den Betrieben nicht ausgeschöpft wird.

Noch 2012 münden über zwei Fünftel der Hauptschulabsolventen, bei solchen mit Ausländerstatus sogar knapp 60 % nicht in eine Ausbildung, sondern ins Übergangssystem, das trotz der demografisch bedingten Rückläufigkeit seiner Zahlen (Abb. 1) noch immer über eine viertel Million Jugendliche aufnimmt.

Die Segmentationslinien (Abb. 5) sind seit 1993 so stabil, dass nicht absehbar ist, wie sie sich auflösen lassen. Es haben sich vier in ihrer beruflichen Zusammensetzung im Zeitverlauf kaum veränderte Segmente nach schulischem Vorbildungsniveau herausgebildet:

- Das oberste Segment ist schwerpunktmäßig ein Studienberechtigten-Segment und umfasst die gehobenen kaufmännischen Berufe der Finanzdienstleistungen und Industriekaufleute sowie die neuen Informatik- und Medienberufe;
- Das zweite Segment, das fast nur Studienberechtigte und Auszubildende mit mittlerem Abschluss aufweist, setzt sich aus Verwaltungsberufen des privaten und öffentlichen Bereichs sowie qualifizierten gewerblich-industriellen Berufen (Chemielaboranten, Elektroniker, Mechatroniker) zusammen;
- Im dritten Segment dominieren die Auszubildenden mit mittlerem Abschluss (50 %) vor Hauptschulabsolventen (36 %), in ihm finden sich Berufe des Einzelhandels und gewerblich-technische Berufe aus Handwerk und Industrie;
- Nur im untersten Segment finden Jugendliche mit maximal Hauptschulabschluss zu größeren Teilen eine Ausbildung, zumeist in Berufen des Ernährungshandwerks, des Verkaufs im Lebensmittelhandwerk sowie in landwirtschaftlichen Berufen.

Als Quintessenz lässt sich festhalten, dass Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss nur noch ein begrenztes Spektrum an Berufen offen steht. Das duale Berufsausbildungssystem droht damit eine seiner großen Stärken einzubüßen: Jugendlichen aus den so-

zial benachteiligten Schichten eine gute berufliche Perspektive zu bieten.

Fazit

Der Wendepunkt in der Bildungsgeschichte weist weit über das Bildungswesen hinaus. Dazu kann hier nur eine Andeutung für die weitere Diskussion gemacht werden. Mit den Bedeutungseinbußen der dualen Ausbildung im deutschen Berufsausbildungswesen verliert nicht nur ein jahrhundertlang dominierender Qualifikationstyp an Gewicht. Es wandelt sich auch der zentrale Sozialisations-typ der gesellschaftlichen Arbeit, der viel zur Stabilisierung von Solidarität, Arbeitsmarktintegration und gewerkschaftlicher Interessenorganisation in Deutschland beigetragen hat. Die Unmittelbarkeit betrieblicher Arbeit im Ausbildungsprozess bildete dafür das Fundament.

Auch wenn gegenwärtig vieles noch im Fluss ist: Der Wandel zu einem neuen, stark wissensbasierten Ausbildungssystem erscheint unumkehrbar. In ihm werden die Institutionen und Governance-Formen der dualen Ausbildung allenfalls eine nachgeordnete Bedeutung haben. Was an ihre Stelle treten könnte, bleibt im Moment völlig offen.

Anmerkungen

¹ Der Artikel basiert auf dem vom SOFI verantworteten Teil zur beruflichen

Ausbildung im nationalen Bildungsbericht (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014) und dem Schwerpunktgutachten zur neuen Konstellation zwischen Hochschulbildung und Berufsausbildung (Baethge et al. 2014), das im Rahmen der Studien zum deutschen Innovationssystem erstellt wurde.

² Absolventen mit maximal Hochschulabschluss stellen 2012 28,8%, solche mit mittlerem Abschluss

53,6%, mit Hochschul- und FH-Reife 57,3% der gleichaltrigen Wohnbevölkerung (Bildungsbericht 2014, S. 273).

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2014): Bildung in Deutschland 2014. Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen, Bielefeld (W. Bertelsmann Verlag).

Baethge, Martin; Kerst, Christian; Leszczensky, Michael; Wieck, Markus (2014): Zur neuen Konstellation zwischen Hochschulbildung und Berufsausbildung. Forum Hochschule 3/2014, Herausgegeben vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW), Hannover.

Baethge, Martin; Wieck, Markus (2013): Soziale Selektion (Öffnungs und Schließungstendenzen) in der beruflichen Ausbildung, Göttingen Ms.

■ UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Inklusion in der beruflichen Bildung

Volker Baethge-Kinsky, Markus Wieck, Martin Baethge

Mit Unterzeichnung der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK 2006) im Jahre 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland sich im Bereich der Bildung einem der ehrgeizigsten und schwierigsten Ziele der jüngeren Bildungsgeschichte verschrieben. Die UN-BRK verpflichtet die Vertragsstaaten in Art. 24 dazu, „ein integratives (inclusive) Bildungssystem auf allen Ebenen“ zu realisieren, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung ihre „geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen (können) ... und (das sie) zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft“ befähigt (Art. 24, UN-BRK).

Der nationale Bildungsbericht 2014, an dem das SOFI für die Bereiche der Berufsausbildung und der Weiterbildung weiterhin federführend beteiligt ist, widmet sein Schwerpunktthema den Problemen der Bildung von Menschen mit Behinderungen mit dem Ziel, die Realisierungsbedingungen einer inklusiven Bildung auf den unterschiedlichen Stufen des Bildungswesens und die bildungspolitischen Herausforderungen, die mit einem entsprechenden Umbau verbunden sind, herauszuarbeiten. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die Berufsausbildung.

Historisches Erbe und das Verständnis von Behinderung

Der Begriff der Behinderung ist nicht eindeutig definiert und wird in unterschiedlichen institutionellen Bildungskontexten unterschiedlich verwendet. Dies macht eine der Hauptschwierigkeiten einer institutionenübergreifenden Betrachtung von Ausmaß und Gruppen von Behinderungen aus. Der Bildungsbericht orientiert seine Analyse an dem der UN-BRK zugrundeliegenden sozialen Begriffsverständnis von Behinderung, das auf die Wechselwirkung von langfristigen individuellen (körperlichen, seelischen, geistigen) Beeinträchtigungen mit gesellschaftlich konstruierten Barrieren als Ursache für fehlende gleichberechtigte Teilhabe abhebt.

Vor dem Hintergrund dieses Begriffsverständnisses, das eine immer noch weit verbreitete, rein auf individuelle Defizite zielende Definition von Behinderung ablöst, sind zwei Besonderheiten des politischen Umgangs mit Behinderung in Deutschland für die Analyse leitend: Zum einen hängt der Bezug von Leistungen von bestimmten, je nach Rechtskreis unterschiedlich gesetzlich geregelten Anerkennungsvoraussetzungen für Behinderung ab. Und zum anderen bestehen für unterschiedliche Formen von Be-

hinderung besondere institutionelle Angebote.

Die Selbstverpflichtung zur Inklusion trifft hier in Deutschland auf ein historisch gewachsenes Bildungssystem, das stark segmentiert ist und dem Prinzip einer optimalen Förderung von Menschen mit Behinderungen durch institutionelle Differenzierung und Separierung Rechnung zu tragen sucht. In der Folge ist auf der institutionellen Ebene eine Vielzahl von organisatorisch und fachlich spezialisierten, exkludierten Einrichtungen (z. B. Förderschulen, Förderkollegs, Berufsbildungswerke, Werkstätten für Menschen mit Behinderungen) mit je eigenen Konzepten, Interessen und Handlungslogiken entstanden. Wegen dieser Besonderheiten ist auf allen Ebenen des Bildungssystems danach zu fragen, wie die Diagnose und Zuweisungsverfahren und die institutionellen Formen (Angebote, Personal, Beteiligungsregeln) des Umgangs mit Menschen mit Behinderungen in den in der Regel exkludierten Einrichtungen aussehen.

Die Situation von Menschen mit Behinderungen in der Berufsausbildung

Die für das Thema Inklusion insgesamt unzulängliche Datenlage wird bezogen auf die Berufsausbildung dadurch wei-

ter verschärft, dass Behinderung als Personenmerkmal keine Kategorie der Berufsausbildungsstatistik bildet (anders etwa als in der allgemeinbildenden Schule mit den Kategorien „Förderschüler“ und „sonderpädagogischer Förderbedarf“).

Dementsprechend kann man weder eine genaue Zahl der Ausbildungsanfänger mit Behinderungen angeben noch Ausbildungsverläufe und -ergebnisse darstellen. Eine Annäherung an die Zahl der Neuanfänger lässt sich seit kurzem über die Statistik der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, des Ausbildungsstellenangebots und der Ausbildungsnachfrage in Berufen für Menschen mit Behinderungen gewinnen. Diese Berufe werden in § 66 Berufsbildungsgesetz für Jugendliche mit Behinderungen geregelt. Sie sind im Sinne eines institutionalisierten Curriculums auf eine begrenzte Zahl an „Fachpraktiker-ausbildungen“ in sieben Berufsfeldern¹ konzentriert, haben ein „theoriereduziertes Ausbildungscurriculum“ und müssen vom Jugendlichen selbst bei der Kammer beantragt werden.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesen Berufen für Menschen mit Behinderungen schwankt zwischen 2009 und 2012 zwischen 14.000 und 10.000. Vergleicht man diese Zahlen mit derjenigen der Absolventen von Förderschulen, so klafft eine große Lücke. Diese betrug 2012 etwa 30.000, so dass man selbst bei diesem Ausbildungstyp von einer

eklatanten Unterversorgung mit Angeboten ausgehen muss. Selbst bei der registrierten Angebots Nachfrage-Relation in den § 66 BBiG-Berufen lag die Nachfrage jeweils um etwa 10 % über dem Angebot. Letzteres sank zwischen 2009 und 2012 um 30 %. Der Großteil dieser Ausbildungen wird von den Berufsbildungswerken und anderen außerbetrieblichen und -schulischen Einrichtungen, nur wenige von Betrieben durchgeführt.

Man kann zusammenfassend festhalten, dass die Ausbildungssituation von Jugendlichen mit Behinderungen wenig transparent ist, dass aber die wenigen verfügbaren Daten darauf hindeuten, dass diese Jugendlichen selbst bei den Angeboten in Ausbildungsberufen für Menschen mit Behinderungen (nach § 66 BBiG) doppelt benachteiligt sind: ihnen steht nur ein begrenztes Spektrum an Berufen zu Verfügung, und dieses noch in zu geringer Zahl.

Zum Diagnose- und Zuordnungsverfahren

Bevor es zu einer wie immer geförderten Ausbildung kommt, haben Jugendliche ein Diagnose- und Anerkennungsverfahren zu durchlaufen. Hierbei wird Behinderung nicht im schulrechtlichen Sinne („Sonderpädagogischer Förderbedarf“), sondern allgemein unter Bezugnahme auf SGB IX bestimmt. Die Entscheidung für einen auf Behinderung beruhenden „besonderen Förderbedarf“ mit jeweils dafür vorgesehene Unterstützungsleistungen wird von der Bun-

desagentur für Arbeit (BA) und den anderen großen Versicherungsträgern (Rentenversicherung, Unfallversicherung) gemäß § 19 SGB III auf Grundlage einer sozialmedizinischen und gegebenenfalls psychologischen Begutachtung durch die Reha-Beratung getroffen.

Wie einheitlich und verlässlich Diagnose- und Zuordnungsverfahren sind, lässt sich schwer entscheiden. Zieht man die Berufsschulstatistik heran, so zeigt sich bei der Teilzeitberufsschule (duales System) eine relativ unspezifische Aufgliederung der Schüler und Schülerinnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Förderschwerpunkten: die Hälfte ist dem Schwerpunkt „Lernen“, die andere Hälfte „sonstigen“ (20 %) oder „keinem Schwerpunkt“ zugeordnet (Bildungsbericht 2014, S. 184). Zweifel an den Diagnose- und Zuordnungsverfahren erscheinen angebracht, wenn man sich die langfristige Entwicklung der Neuzugänge zu den Berufen für Menschen mit Behinderungen anschaut (Abb. 1). Auffällig an der Zeitreihe von 1993 bis 2012 sind zwei Sachverhalte: zum einen fällt der stärkste Anstieg der Neuzugänge in den § 66 BBiG-Berufen in etwa zusammen mit der Zeit der größten Ausbildungsplatzengpässe. Zum anderen ist im gesamten Betrachtungszeitraum der Anteil der Neuverträge in den § 66 BBiG-Berufen in den neuen Bundesländern annähernd drei Mal so hoch wie in den alten. Dies legt den Schluss nah, dass sich die institutionelle Definition von Behinderungen nicht

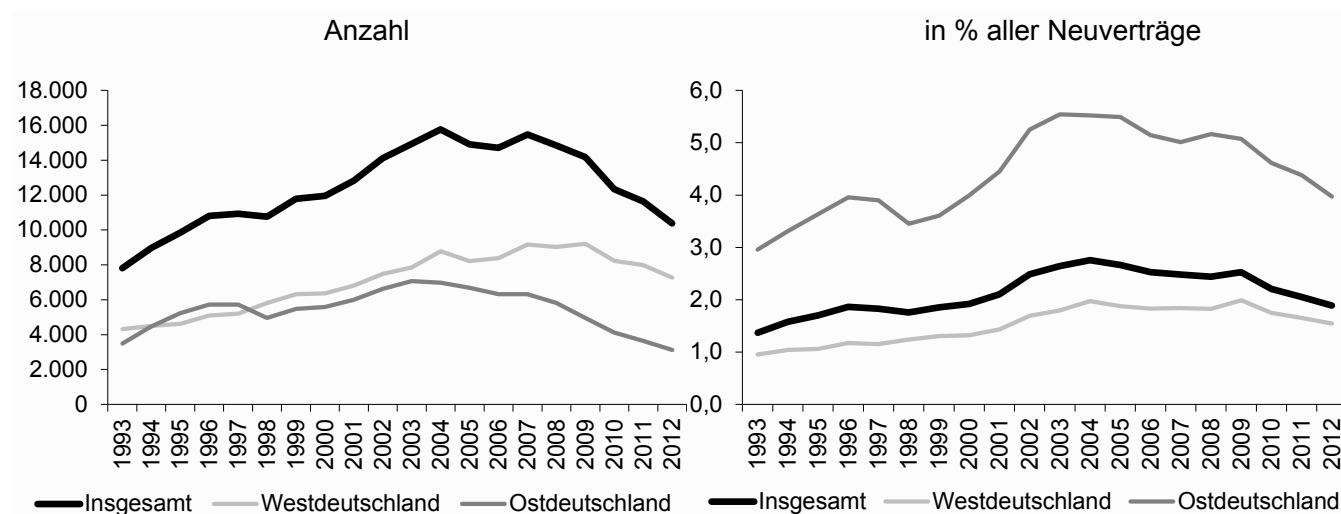


Abb. 1: Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berufen für Menschen mit Behinderungen (nach § 66 BBiG/§ 42m HwO) 1993 bis 2012 nach Ländergruppen

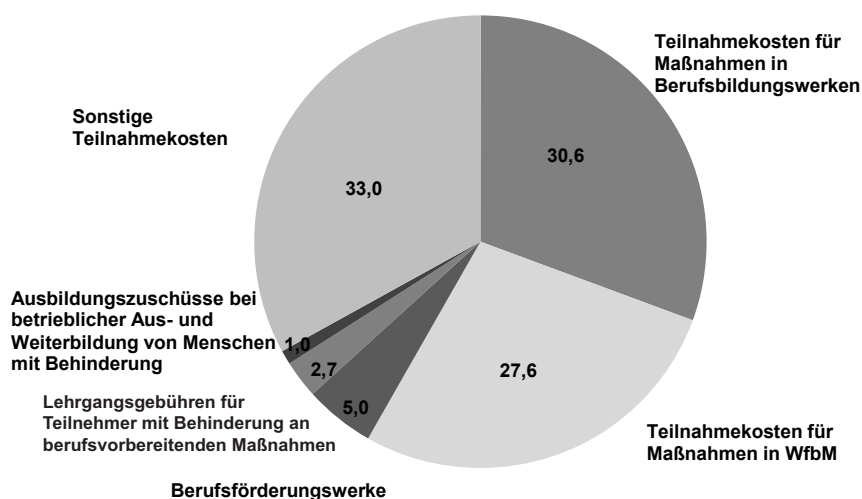


Abb. 2: Ausgaben der BA für die Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen von Menschen mit Behinderung 2012 nach Kostenarten (in %)*

*Zahlen gerundet. Die absoluten Ausgaben der BA für Ausbildungsmaßnahmen betragen im Jahr 2012 rund 1.522 Millionen Euro.

nur nach individuellen Merkmalen, sondern nach konjunkturellen und regionalen Bedingungen des Ausbildungsmarktes richtet.

Herausforderungen für die Realisierung von Inklusion

Das Erbe einer Jahrhunderte langen Tradition institutionell separierter Bildung und Ausbildung von Menschen mit Behinderungen ist nicht von heute auf morgen zu überwinden, hat es doch tiefe Spuren in den Akteurskonstellationen und den Ausbildungsvorstellungen aller Beteiligten hinterlassen. Am stärksten zeigen sich diese beim für die Inklusion wichtigsten Faktor, dem Lehr- und Ausbildungspersonal und seinen Kompetenzen. Woher beispielsweise sollen die Ausbilder in den Betrieben die Fähigkeiten zur Diagnose von körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen von Auszubildenden und die Kompetenzen zum Umgang mit ihnen haben, wenn bei ihnen schon die pädagogische Ausbildung auf die schmale Dosis der Ausbildereignungsverordnung eingeschränkt ist?

Will man den Primat, der sowohl im Berufsbildungsgesetz als auch im SGB III der Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf auch für Jugendliche mit Behinderungen gegeben wird, einlösen, bildet die Ausbildung des Personals den entscheidenden Hebel. Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung hat auf

die Herausforderung reagiert und 2012 ein „Rahmencurriculum für eine rehabilitationsspezifische Zusatzqualifikation für Ausbilderinnen und Ausbilder (ReZA)“ verabschiedet. Sie soll Ausbilderinnen und Ausbilder verpflichtend Grundkompetenzen in Psychologie, Pädagogik/Didaktik, Rehabilitationskunde, Medizin, Recht u. a. vermitteln. Wieweit sich dieses Rahmencurriculum durchsetzt und eine verbesserte bzw. überhaupt eine nennenswerte Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderungen in Betrieben – also inkludiert – in die Wege leitet oder wieweit Betriebe sich von diesem verpflichtenden Aufwand für ihr Ausbildungspersonal eher von der Aufnahme von Jugendlichen mit Behinderung abschrecken lassen, wird sich erst in Zukunft zeigen.

Die Probleme des Personals verweisen auf den Kern der politischen Herausforderungen für Inklusion in der Berufsausbildung: die institutionelle Umgestaltung der bisherigen Formen der Behindertenausbildung, die fast ausschließlich in Sondereinrichtungen (Berufsbildungswerke, Werkstätten für behinderte Menschen u. a.) stattfand. Diese Separierung bedeutet auch, dass der Großteil der Personalkompetenz und pädagogischen Infrastruktur für die Ausbildung von Menschen mit Behinderung in diesen Einrichtungen konzentriert ist und in den Betrieben und Berufsschulen fehlt. Eine Umsteuerung der Ressourcen bildet den Kern institutioneller Umgestaltung.

Dass diese institutionelle Herausforderung nicht leicht zu bewältigen ist, liegt nicht zuletzt darin begründet, dass alle Institutionen ein starkes Interesse an sich selbst entwickeln, an der Sicherung ihres Bestands, ihrer Aufgaben, Verfahren, Kompetenzen, insgesamt ihrer materiellen Grundlagen.

Um welche materiellen Größen es dabei im konkreten Fall geht, wird annäherungsweise sichtbar, wenn man sich die Verteilung der über 1,5 Milliarden Euro ansieht, die der BA als Teilnahme-kosten für die Ausbildung von Menschen mit Behinderungen 2012 entstanden sind:

Weit mehr als die Hälfte der hierfür aufgewendeten Mittel ging an die Berufsbildungswerke, Berufsförderwerke und Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM), also in nicht-inkludierte Ausbildung, was kein Argument gegen die Qualität dieser Ausbildung bedeutet, nur dass sie nicht den Anforderungen der UN-BRK entspricht. An Betriebe als Träger inkludierter Ausbildung ging nur 1 % der entsprechenden BA-Ausgaben.

Die Aufgabe, die Politik bei institutioneller Umgestaltung im Sinne der Inklusion zu leisten hat, besteht darin, die Ressourcen so neu zu arrangieren und die separierten und inkludierten Ausbildungseinrichtungen so zusammenzuführen, dass die beträchtlichen Kompetenzen in der Ausbildung von Menschen mit Behinderungen, die in den Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken u. a. aufgebaut worden sind, nicht verloren gehen, sondern in betrieblicher und vollzeitschulischer Ausbildung eine inklusive Ausbildung unterstützen können. Politik hätte die bei einem solchen institutionellen Wandlungsprozess zu erwartenden Interessendivergenzen auszubalancieren und müsste helfen, Blockaden aufzulösen.

Anmerkungen

¹ Hierzu zählen folgende Berufe: Fachpraktiker/in Hauswirtschaft, Küche (Beikoch/-köchin), im Verkauf, für Holzbearbeitung, für Metallbau, für Zerspanungstechnik und für Büro-kommunikation.

■ Perspektiven für ein Forschungsprogramm

Öffentliche Güter als Bausteine einer lebendigen Demokratie

Berthold Vogel

In der Arbeitssoziologie und in der soziologischen Dienstleistungsforschung kamen die öffentlichen Güter bislang kaum vor. Dabei sind sie ein veritables Arbeitsfeld, ein Ort relevanter Wertschöpfung und auch ein normatives Bauprinzip moderner demokratischer Gesellschaften. Der nachfolgende Text skizziert Perspektiven für ein soziologisches Forschungsprogramm.

Öffentliche Güter und Infrastrukturen sind ein Geschenk der Gesellschaft an sich selbst – so emphatisch formuliert es die französische Ökonomin Esther Duflo. Öffentliche Güter werden weit überwiegend von der Allgemeinheit der Steuerbürger finanziert, die als gesellschaftliche Akteure wiederum durch öffentliche Güter überhaupt erst handlungs- und entwicklungsfähig werden. Öffentliche Güter und Infrastrukturen repräsentieren durch ihre Kollektivität und ihren Gemeinwohlbezug daher die Grundlage einer lebendigen und leistungsfähigen Demokratie. Das gilt mit Blick auf das Vorhandensein technischer und sozialer Infrastrukturen, auf Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge oder auch auf den Bestand einer funktionsfähigen öffentlichen Verwaltung bzw. eines transparenten Rechtssystems.

Doch wie steht es hierzulande um die öffentlichen Güter? Zunächst einmal waren in unseren politischen Breitengraden über viele Jahre die Bestände und die Funktionsfähigkeit öffentlicher Güter für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Hintergrundselbstverständlichkeiten. Öffentliche Güter sind so etwas wie die „zweite Natur“ moderner, arbeitsteiliger und technologisch differenzierter Gesellschaften. Gewohnheit machte das unsichtbar, worauf der Ablauf unseres Alltagslebens beruht: die Qualität des Trinkwassers, die funktionierende Müllentsorgung, die befahrbaren Straßen und ihre nächtliche Beleuchtung, die Inanspruchnahme von Kindergärten, allgemeinbildender Schule und Krankenhaus.

Von der „zweiten Natur“ moderner Gesellschaften zu einem neuen Spannungsfeld: das Design öffentlicher Güter steht zur Debatte!

In jüngerer Zeit steht allerdings die Herstellung dieser öffentlichen Güter und Dienstleistungen mehr und mehr im Spannungsfeld wachsender finanzpolitischer Restriktionen und neuer bürgerschaftlicher Ansprüche an Gesellschaftsgestaltung. Die fiskalischen Handlungsspielräume öffentlicher Ak-

teure werden enger, zugleich steigen die Bedürfnisse einer aktiven Bürgerschaft – das gilt für den Bereich der Bildung, der Gesundheitsversorgung, aber auch der Mobilität und der Energieerzeugung. Diese Spannungsfelder finden wir vor allen Dingen auf kommunaler und regionaler Ebene. Gerade in den Kommunen wird über die Fragen entschieden, welche öffentlichen Güter sich eine Gesellschaft leisten kann und welchen Preis sie dafür zu zahlen bereit ist.

Hinzu kommt der demografische Wandel, also die Tatsache, dass die Bevölkerung immer älter wird und die Kinder immer weniger. Die demografische Entwicklung provoziert öffentliche Güter und Infrastrukturen. In einer alternenden und in weiten Teilen des Landes schrumpfenden Gesellschaft stellen sich an öffentliche Einrichtungen neue Anforderungen. Fragen nach der Notwendigkeit öffentlicher Güter werden im Zuge dieser Entwicklung thematisiert.

Vieles spricht daher dafür, dass öffentliche Güter und Dienstleistungen aus dem Schatten der Hintergrundselbstverständlichkeit treten und zum Gegenstand von neuen Teilhabeforderungen und Verteilungskonflikten werden. Individual- und Gruppeninteressen geraten in Spannung zum Gemeinwohl. Die Verteilung und Zuteilung öffentlicher Güter tritt aufgrund ökonomischer, sozialstruktureller und demografischer Veränderungen aus dem Status des unhinterfragt Gegebenen heraus und wird neu politisiert. Das politische Design der öffentlichen Güter steht zur Debatte.

Die Sozialwissenschaften nehmen diese dynamische Entwicklung der öffentlichen Angelegenheiten primär als fiskalisches oder verwaltungsrechtliches Problem wahr. Doch reicht das aus? Bedarf die Politisierung öffentlicher Güter nicht stärker der sozialwissenschaftlichen Expertise und Stellungnahme?



Im Dienste öffentlicher Güter: Straßenreinigung



Im Dienste öffentlicher Güter: Polizei

Hierbei ist es zunächst notwendig, sich in systematischer Weise Gedanken über die Möglichkeiten und Bedingungen der Herstellung und Rechtfertigung öffentlicher Güter zu machen. Es geht in diesem Fall nicht nur um deren Leistungsfähigkeit, sondern auch um die Beschäftigungs- und Statusformen, in deren Rahmen öffentliche Güter hergestellt werden bzw. Gemeinwohl produziert wird.

Lebensqualität – Leistungsqualität – Arbeitsqualität. Die gesellschaftliche Wirkung öffentlicher Güter

Diesem Plädoyer liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Lebensqualität einer Gesellschaft etwas mit der Leistungsqualität ihrer öffentlichen Güter zu tun hat; und dass diese Leistungsqualität wiederum mit der Qualität der Arbeitsbedingungen öffentlicher Dienstleister verknüpft ist. Nicht nur Güter und Infrastrukturen zählen, sondern auch diejenigen, die diese durch ihr Professionsverständnis gestalten: die Lehr- und Pflegekräfte, die Techniker und Verwalter, die Sicherheits- und Versorgungskräfte; aber auch ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Kirchen und Interessenverbänden. Sie alle verwirklichen durch ihr Engagement und ihr professionelles Handeln öffentliche Güter als republikanische Institutionen, übernehmen Verantwortung für die Aufgaben der Allgemein-

heit und tragen damit entscheidend zur Fundierung eines demokratischen Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts bei.

Öffentliche Güter verfügen daher über eine soziale Trägerschaft. Es ist nicht nur, aber vor allen Dingen die Mittelschicht (siehe auch Beitrag ab Seite 19), die ein Interesse an der Verfügbarkeit öffentlicher Güter, Institutionen und Infrastrukturen hat. In doppelter Hinsicht: Zum einen erweitern öffentliche Güter die Ressourcen der Mittelschicht und erhöhen deutlich das Wohlstandsniveau.

Eine Politik des Ausbaus öffentlicher Güter vermehrt den Zugang zu kollektiv verfügbarem Wohlstand – vom öffentlichen Schwimmbad über den Stadtpark bis zur Konzerthalle. Zum anderen: Öffentliche Güter bieten berufliche Perspektiven und Erwerbchancen. Vom Ausbau des Bildungswesens, der Krankenhäuser, der Wohlfahrtspflege, der Stromnetze, der Verwaltung profitieren die gut Ausgebildeten, die im kommunalen, staatlichen, aber auch in dem von öffentlichen Aufträgen abhängigen Privatsektor arbeiten.

Forschungsperspektiven

Die Produktion und die Produzenten, der Nutzen und die Lasten, die Qualität und die (selektive) Nutzung öffentlicher

Güter sind gesellschaftliche Zukunftsfragen, die im Spannungsfeld kommunaler Bewirtschaftung und supranationaler Gestaltung stehen. Diese Zukunftsfragen berühren unterschiedliche Aspekte der Entwicklung moderner sozialer Rechts- und Wohlfahrtsstaatlichkeit. Folgende Forschungsperspektiven und -fragen sind hier erkennbar:

- Öffentliche Güter haben eine professionelle bzw. arbeitssoziologische Seite: Wer trägt unter welchen Voraussetzungen die Verantwortung für die öffentlichen Güter von morgen?
- In der Gewährleistung, Sicherung und Leistungskraft öffentlicher Güter spiegelt sich das Verhältnis von Staat, Markt und Gesellschaft: Wie viel Staat brauchen öffentliche Güter und wie viel Markt vertragen sie?
- Öffentliche Güter verweisen auf die normativen Grundlagen von Gemeinwohl und Daseinsvorsorge, von Sozialordnung und Gesellschaftsgestaltung, von Fürsorge und Selbstverantwortung: Welche öffentlichen Güter brauchen wir als Bausteine einer lebendigen und leistungsfähigen Demokratie?
- Öffentliche Güter haben sozialstrukturelle Effekte – sie provozieren Verteilungskonflikte, aber sie dämpfen zugleich auch soziale Ungleichheit. Wer profitiert von öffentlichen Gütern? Welche sozialen Ungleichheiten finden wir unter den Konsumenten und den Produzenten öffentlicher Güter? Wer dominiert öffentliche Gütermärkte und wer geht auf diesen Märkten leer aus?

Alle diese Fragen haben eine verwaltungsrechtliche und eine betriebswirtschaftliche Seite, aber sie erschöpfen sich nicht darin. Der soziologische Blick muss sich auf Relationen und Kontexte richten, auf den Zusammenhang von öffentlichen Gütern, sozialer Ungleichheit und demokratischer Leistungsfähigkeit. Hier ist in der soziologischen Dienstleistungs- und Wohlfahrtsfor-

schung mit Sicherheit noch jede Menge Pionierarbeit zu leisten.

Zu dieser Pionierarbeit zählt zum einen, diejenigen, die mit der Herstellung öffentlicher Güter betraut sind, stärker in den Blick zu nehmen; dazu zählt aber auch, die Kommunen und ihre Beschäftigten als Träger lokaler Daseinsvorsorge und der technischen wie sozialen Infrastrukturen systematisch in die Forschung miteinzubeziehen. Darüber hinaus sind weitere gesellschaftliche Akteure für eine soziologische Expertise anzusprechen: Genossenschaften, Stiftungen, Kirchen, Verbände und Vereine. Sie alle sind im angesprochenen Forschungsfeld präsent und sind sowohl für die Herstellung und Gewährleistung öffentlicher Güter und Infrastrukturen verantwortlich, aber auch für neue Formen demokratischer Teilhabe und Initiative.

In einer Gesellschaft wachsender sozialer und räumlicher Disparitäten, verschärften demographischen Wandels und generationaler Ungleichgewichte spricht vieles dafür, mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Expertise die Produktion, Sicherung, Gewährleistung und Bereitstellung öffentliche Güter neu zu justieren. Der Erfolg dieser Neujustierung steht in engem Zusammenhang mit der demokratischen Qualität und



Im Dienste öffentlicher Güter: Bahnverkehr

der sozialstaatlichen Ordnung moderner europäischer Gesellschaften.

Öffentliche Güter waren auch das Thema eines umfangreichen, in Deutschland von der DFG finanzierten Forschungsvorhabens, das im Rahmen einer D-A-CH-Kooperation durchgeführt wurde. Im Rahmen dieses Projekts wurden 160 qualitative Interviews mit Beschäftigten in der Kommunalverwaltung, in Krankenhäusern und Spitälern sowie im Bereich der Post-

dienstleistungen durchgeführt. Projektergebnisse sind dokumentiert in den beiden Buchpublikationen: „Im Dienste öffentlicher Güter“, herausgegeben von Jörg Flecker, Franz Schultheis und Berthold Vogel, veröffentlicht im sigma-Verlag Berlin 2014; und „Im öffentlichen Dienst. Kontrastive Stimmen aus einer Arbeitswelt im Wandel“, herausgegeben von Franz Schultheis, Berthold Vogel und Kristina Mau, ebenfalls 2014 im Verlag transcript Bielefeld erschienen.

■ Hartz IV Grenzen der Aktivierbarkeit

Kai Marquardsen

Der folgende Artikel basiert auf einem Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe „Krisenerfahrung Grundsicherung? Individuelle Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit und Grundsicherungsbezug“ auf dem 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Trier am 09.10.2014, den der Autor gemeinsam mit Tine Haubner und Karin Scherschel (beide Universität Jena) gehalten hat.

Mit dem Leitbild der „Aktivierung“ richtet die Arbeitsmarktpolitik seit einigen

Jahren ihren Fokus auf das individuelle Verhalten von Leistungsbezieher/innen im SGB II. So wird Arbeitslosigkeit primär als Ausdruck von Defiziten in der individuellen Motivation und Verfügbarkeit interpretiert. Entsprechend zielt die aktivierende Arbeitsmarktpolitik auf die institutionelle Kontrolle und Steuerung individuellen Verhaltens (vgl. Marquardsen 2012). Doch geht die Rechnung wirklich auf? Der Beitrag zeigt, dass die individualisierende Logik der Aktivierung von den Leistungsbezieher/innen überwiegend als Krisenerfahrung wahrgenommen wird, die zu-

gleich die Grenzen der Aktivierbarkeit markiert: Der Druck verschärfter Zumutbarkeitsregeln und Erfahrungen der Stigmatisierung eröffnen für sie in der Regel keine neuen Chancen der Erwerbsteilhabe. Stattdessen investieren die Leistungsbezieher/innen ihre gesamte Energie vor allem in die Organisation eines prekären Alltags.

Hartz IV als Druckmittel

Leistungsbezieher/innen im SGB II sehen sich einem hohen Druck ausgesetzt. Dieser Druck besteht unter anderem in Gestalt der Zumutbarkeitsre-

geln, die im Zuge der Hartz-Reformen verschärft wurden. So besteht etwa bezogen auf den erlernten Beruf oder der früheren Tätigkeit kein Berufs- und Qualifikationsschutz mehr. Auch müssen die Leistungsbezieher/innen eine höhere Entfernung der Arbeitsstelle vom Wohnort und ungünstigere Arbeitsbedingungen akzeptieren. Im weiteren Sinne zeigt sich die verschärfte Zumutbarkeit aber auch in anderen Veränderungen, die mit den Hartz-Reformen verbunden waren. So haben sich etwa die Befugnisse der Arbeitsverwaltung erweitert, das Privatleben der Leistungsbezieherinnen zu kontrollieren und in deren Wohn- und Vermögensverhältnisse einzugreifen. Nicht zuletzt erhöht die Angleichung der staatlichen Transferleistungen auf das ehemalige Sozialhilfeniveau den Druck, die Eigenbemühungen auszuweiten und jedwede Arbeit anzunehmen.

Ergebnisse eines Forschungsprojektes im SFB 580 an der Uni Jena¹, an dem der Autor mitgewirkt hat, verdeutlichen die „Nebenwirkungen“, die für die Leistungsbezieher/innen mit der verschärften Zumutbarkeit verbunden sein kann (Dörre et al. 2013). So kann etwa die Berücksichtigung der Einkommens- und Vermögenssituation der gesamten Bedarfsgemeinschaft zu einer verstärkten Abhängigkeit vom Lebenspartner führen. Zudem sahen sich einige Befragte aufgrund der Aufwendungsgrenzen für Wohnraum dazu gezwungen, ihr gewohntes Lebensumfeld aufzugeben. Schließlich zeigen die Befunde, dass die materielle Knappheit den Befragten ein ständiges Notwendigkeitsmanagement abverlangt. Die Einschränkungen durch Hartz IV betreffen etwa die soziale und kulturelle Teilhabe (z. B. Schwimmbad-, Theater- und Kinobesuche), aber auch ganz basale Bereiche, wie die gesundheitliche Versorgung (Bezahlung von Medikamenten und Praxisgebühr) oder den Verzicht auf hochwertige, gesunde Lebensmittel. Mit diesem Notwendigkeitsmanagement ist für die Befragten insgesamt ein enormer Zeit- und Energieaufwand verbunden.

Darüber hinaus besteht vor dem Hintergrund des anhaltenden Diskurses um Leistungsunwilligkeit und Leistungsmissbrauch ein hoher normativer

Druck auf Leistungsbeziehende im SGB II. Der Hartz IV-Bezug wird von den Befragten als Stigma erlebt, das mit Erfahrungen der Diskriminierung und Entwertung einhergeht. Vielfach findet sich vor diesem Hintergrund das Bestreben, sich gegenüber den vermeintlich typischen Hartz IV-Bezieher/innen abzugrenzen. Zugleich greifen die Befragten auf verschiedene Normalisierungstechniken und Bewältigungsstrategien zurück, um dem Druck der Stigmatisierung zu entkommen. So wird etwa der Außenwelt die tatsächliche Lebenssituation verschwiegen oder es werden die ehrenamtliche Tätigkeit oder der Ein-Euro-Job nach außen hin als reguläre Erwerbsarbeit präsentiert.

Sowohl die strengen Zumutbarkeitsregeln als auch die materielle Knappheit und der Druck der Stigmatisierung unter den Bedingungen von Hartz IV tragen schließlich zu einem Wandel sozialer Beziehungen bei. Dabei kommt es allerdings nicht – wie in früheren Studien der Arbeitslosenforschung vielfach behauptet – zu einer pauschalen Erosion sozialer Kontakte. Vielmehr ist von einem Gestalt- und Funktionswandel sozialer Netzwerke in der Erwerbslosigkeit auszugehen. Das heißt, das soziale Umfeld einer Person verändert sich zum einen hinsichtlich seiner inneren und äußeren Struktur (z. B. Anzahl und Art der Verbindungen, Dichte und Grenzen des Netzwerks). Damit ist zum anderen ein Funktionswandel verbunden, der die Frage betrifft, was die sozialen Beziehungen leisten können und sollen. Die beiden Prozesse bedingen sich wechselseitig (vgl. Marquardsen/Röbenack 2010).

Die Befunde zeigen zwar, dass die Befragten auf eine Vielfalt an Ressourcen sozialer Unterstützung in ihrem sozialen Umfeld zurückgreifen konnten. Zugleich wird jedoch deutlich, dass der anhaltende Leistungsbezug mit dem Risiko einer Homogenisierung sozialer Beziehungen verbunden ist. Das heißt, es werden Beziehungen vor allem zu Personen eingegangen, mit denen die

Befragten im gegenseitigen „Geben und Nehmen“ mithalten können. Eine solche Homogenisierung sozialer Verkehrskreise beinhaltet die Gefahr, dass Menschen im anhaltenden Leistungsbezug von bestimmten Ressourcen sozialer Unterstützung dauerhaft abgeschnitten sind, da sich ihre Kontakte vor allem auf Personen mit einer ähnlichen begrenzten Ressourcenausstattung beschränken (Marquardsen 2012).



Jobcenter Region Hannover – die Einrichtung ist mittwochs geschlossen ...

Eine Typologie subjektiver Erwerbsorientierungen

Hartz IV setzt bei – unterstellten – Defiziten im individuellen Verhalten und in den subjektiven Orientierungen der Einzelnen, in ihren Ansprüchen an Arbeit und ihrer Eigeninitiative an. Doch welche Erwerbsorientierungen haben die Leistungsbezieher/innen? Welche Bedeutung hat reguläre Erwerbsarbeit für sie? Was tun sie, um in Arbeit zu kommen, und welche anderen Tätigkeiten spielen in ihrem Leben eine Rolle? Auch hier sind einige Ergebnisse unserer Befragungen instruktiv. So lassen sich unter den Bedingungen einer prekären Arbeitsmarktlage mit vollem oder zumindest ergänzendem SGB II-Bezug drei Grundtypen von Erwerbsorientierungen unterscheiden:

Beim ersten Typ handelt es sich um die Um-Jeden-Preis Arbeiter/innen, der etwa ein Drittel der Befragten ausmacht.

Der Verarbeitungsmodus, mit dem die betreffenden Befragten den Erfahrungen der Prekarität begegnen, ist ein „unermüdliches Streben nach Erwerbsarbeit“. Das bedeutet nicht, dass diese Befragten eine Beschäftigung zu jedem Preis annehmen würden. Vielmehr haben die Befragten ausdrückliche Ansprüche an Erwerbsarbeit, die sie auch gegen anderweitige Forderungen des Jobcenters verteidigen. Entscheidend ist jedoch, dass eine reguläre Erwerbsarbeit eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit ist, auf die sich alle Aktivitäten ausrichten. Die Befragten investieren dabei enorm viel Energie und Zeit, um in eine solche Arbeit zu gelangen oder ihre derzeitige (zumeist selbstständige) Tätigkeit auf sichere Beine zu stellen.

Beim zweiten Typ, der größten Gruppe (40 %), handelt es sich um die Als-Ob Arbeiter/innen. Ihre Prekaritätserfahrungen verarbeiten sie durch „Umdeutung“. Ihre Definition von Arbeit und die Erwartungen an ihre eigene gesellschaftliche Position sind immer noch an ein reguläres Beschäftigungsverhältnis geknüpft. Gleichwohl werden hier Motivationsverluste und Frustrationen sichtbar, die Ausdruck der andauernden prekären Lage sind. Erwerbsarbeit nimmt in der Wahrnehmung der Befragten eine ambivalente Stellung ein: Sie steht in ihrer Erfahrung nicht nur für Integration und gesellschaftliche Anerkennung, sondern auch für Unsicherheit und enttäuschte Erwartungen. Typisch für die Als-ob-Arbeiter/innen ist eine wiederholte kurzzeitige Beschäftigung über Maßnahmen am zweiten Arbeitsmarkt und/oder ein bürgerschaftliches Engagement, das sie ähnlich einer regulären Beschäftigung ausüben. Sie sehen eine reguläre Beschäftigung zwar immer noch als erstrebenswert an, richten ihre Aktivitäten aber auf den dauerhaften Verbleib in dieser Alternativtätigkeit aus.

Beim dritten (und kleinsten) Typ handelt es sich um die Nichtarbeiter/innen. Während die beiden erstgenannten Typen aufgrund eigener Orientierungen an der Bedeutung von Erwerbsarbeit festhalten, spielt diese im Leben der Nicht-Arbeiter/innen kaum eine Rolle. Fast alle Befragten sind länger als fünf

Jahre ohne reguläre Beschäftigung oder haben noch nie gearbeitet. Charakteristisch für die Nicht-Arbeiter/innen ist, dass sie sich nicht (mehr) an regulärer Erwerbsarbeit orientieren. Diese existiert vielmehr nur als vage Vorstellung. Reguläre Erwerbsarbeit gilt nicht als erstrebenswert. Dennoch gehen die Befragten dieses Typs ganz verschiedenen Aktivitäten nach. Statt der Erwerbsarbeit kann es etwa die Sorge um die Kinder, das Leben mit der Clique, das politische Engagement oder ein Hobby sein, die das tägliche Leben strukturieren.

Fazit: Grenzen der Aktivierbarkeit

Die Befunde unterstreichen damit die Fragwürdigkeit der aktivierungspolitischen Grundprämisse, die das Problem der Arbeitslosigkeit vor allem als ein Problem von Verhaltens- und Motivationsdefiziten auf Seiten der Leistungsbezieher/innen sieht. So hält ein Großteil der Leistungsbezieher/innen trotz zum Teil jahrelanger Erwerbslosigkeit und großer persönlicher Frustrationen an der Bedeutung von regulärer Erwerbsarbeit fest. Andere sehen sich im anhaltenden Leistungsbezug trotz stabiler Erwerbsorientierungen soweit unter Druck gesetzt, dass sie entweder Alternativen zu einer regulären Erwerbsarbeit in Kauf nehmen, um den Anschluss an das Erwerbssystem nicht vollends zu verlieren, oder sie ihre Zeit und Energie dauerhaft auf eine Tätigkeit jenseits des Arbeitsmarktes ausrichten.

Ein kleiner Teil der Befragten hat schließlich nie einen ausgeprägten Bezug zur Erwerbsarbeit entwickelt. Bei ihnen bleibt der normative Druck der Aktivierungspolitik weitgehend wirkungslos. Zudem haben auch sie Strategien einer Lebensführung jenseits der Erwerbsarbeit entwickelt, die sie aktiv und mit Unterstützung ihres sozialen Umfelds verfolgen.

Das „Problem“ der Leistungsbezieher/innen ist also nicht eine mangelnde Motivation oder Aktivität, wie der aktivierungspolitische Ansatz unterstellt. Mit Blick auf die drei oben genannten Typen zeigt sich, dass die Um-jeden-Preis Arbeiter/innen in hohem Maße selbst aktiv sind und keiner Aktivierung bedürfen. Die Als-Ob-Arbeiter/innen kämpfen um einen Platz auf dem zweiten Arbeitsmarkt oder die Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit. Hier ist es vielfach die Arbeitsverwaltung, die ihnen „Steine in den Weg“ legt, indem sie keine Maßnahmen zur Verfügung stellt oder ihre Forderungen die Ausübung des Ehrenamtes behindern.

Die Nicht-Arbeiter/innen sind dagegen über die Instrumente der Arbeitsverwaltung ohnehin kaum erreichbar, weil bei ihnen andere „Problemlagen“ (etwa Krankheit oder frühe Mutterschaft) im Vordergrund stehen oder sie grundsätzlich auf eine Lebensführung jenseits der Erwerbsarbeit orientiert sind.



Zwickau – Standort für Arbeit

Der Bezug von Leistungen nach dem SGB II wird von den Befragten überwiegend als individuelle Krisenerfahrung wahrgenommen. Krisenerfahrungen bestehen in Erfahrungen der Fremdbestimmung und der Stigmatisierung, nicht zuletzt aber auch in und vermittelt über Erfahrungen des Bruchs mit sozialen Beziehungen und dem mangelnden Zugriff auf Ressourcen informeller sozialer Unterstützung. Solche Krisenerfahrungen markieren eine Grenze der Aktivierbarkeit, denn sie stärken nicht die individuellen Kapazitäten zur Bewältigung der prekären Le-

benslage, sondern schränken diese zusätzlich ein: Durch den erhöhten Druck entzieht die aktivierende Arbeitsmarktpolitik den Leistungsbezieher/innen Ressourcen zur Bewältigung der bestehenden prekären Lebenslage. Diese investieren stattdessen ihre gesamte Energie in die Organisation eines prekären Alltags.

Anmerkungen

¹ In dem Projekt wurden im Rahmen einer qualitativen Panel-Befragung über drei Erhebungswellen (2006, 2009, 2011) insgesamt 188 problemzentrier-

te Interviews mit Leistungsbezieher/innen im SGB II geführt. Befragt wurden dabei neben erwerbslosen Leistungsbezieher/innen auch ABM-Teilnehmer/innen, Ein-Euro-Jobber/innen sowie geförderte Selbstständige und Minijobber/innen mit aufstockendem Leistungsbezug. Durchgeführt wurden die Befragungen in je zwei Regionen in Ost- und Westdeutschland (vgl. Dörre et al. 2013).

Literatur

Dörre, Klaus/ Scherschel, Karin/ Booth, Melanie/ Haubner, Tine/Marquardsen, Kai/ Schierhorn, Karen (2013): Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Marquardsen, Kai (2012): Aktivierung und soziale Netzwerke. Die Dynamik sozialer Beziehungen unter dem Druck der Erwerbslosigkeit. Wiesbaden: Springer VS.

Marquardsen, Kai/Röbenack, Silke (2010): „...der Freundeskreis, der Bekanntenkreis hat sich total verändert“ – Rekonstruktionen von sozialen Beziehungskontexten bei Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen. In: Stegbauer, C. (Hrsg.): Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Wiesbaden: VS-Verlag, 2. Aufl., S. 479–489



Zentrale der Bundes(-aktivierungs-)agentur für Arbeit in Nürnberg

Impressum

Die Mitteilungen aus dem SOFI erscheinen dreimal im Jahr.

Herausgeber: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität, Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen, Tel.: (0551) 52205-0, E-Mail: sofi@sofi.uni-goettingen.de, Internet: <http://www.sofi.uni-goettingen.de>

Redaktion: Klaus-Peter Buss, Jürgen Kädtler, René Lehweß-Litzmann, Rüdiger Mautz, Berthold Vogel

Fotos: S. 1: Klaus Peter Wittemann; S. 9: Mattes/Wikimedia Commons (commons.wikimedia.org/wiki/File:Zwei_Stra%C3%9Fenfeger_in_Landshut.jpg), S. 10: VisualBeo aus der deutschsprachigen Wikipedia (commons.wikimedia.org/wiki/File:Polizei_Lasermessung.jpg), S. 11: indeedous/Wikimedia Commons (commons.wikimedia.org/wiki/File:Zugf%C3%BChrer_Abfahrtssignal.jpg), S. 12: Bernd Schwabe, Hannover (commons.wikimedia.org/wiki/File:Agentur_f%C3%BCr_Arbeit_Hannover_und_der_Region_Hannover,_Jobcenter_Region_Hannover,_Vahrenwalder_Stra%C3%9Fe_245,_30179_Hannover,_Schriftzug_%C3%BCber_dem_Eingang,_mittwochs_geschlossen.jpg), S. 13: André Karwath (Aka)/Wikimedia Commons (commons.wikimedia.org/wiki/File:Zwickau_-_job_center_%28Aka%29.jpg), S. 14: Nichofmann/Wikimedia Commons (commons.wikimedia.org/wiki/File:Nuremberg_Aerial_Bundesagentur_Arbeit.JPG), S. 15: Library of Congress/Wikimedia Commons (loc.gov/pictures/resource/fsac.1a35284), S. 16: Library of Congress/Wikimedia Commons (loc.gov/pictures/resource/fsac.1a35341), S. 18: Library of Congress/Wikimedia Commons (loc.gov/pictures/resource/fsac.1a35371), S. 19: Alma/Wikimedia Commons (commons.wikimedia.org/wiki/File:Kletterer_in_der_S%C3%A4chsischen_Schweiz.JPG), S. 20: Simon/CCO Public Domain (pixabay.com/de/abseilen-klettern-kletterer-243141), S. 21: Hermann/CCO Public Domain (pixabay.com/de/wanderer-rucksack-wanderung-weg-455338), S. 22: Bigbug21/Wikimedia Commons (commons.wikimedia.org/wiki/File:070710_gdl_strike_leipzig.jpg), S. 23: Joachim Müllerchen/Wikimedia Commons (commons.wikimedia.org/wiki/File:S-Bahn_Stellingen_GDL_Streik.jpg), S. 24: Dontworry/Wikimedia Commons (commons.wikimedia.org/wiki/File:Deutscheboerse-parkett-ffm005.jpg), S. 29: Georg-August-Universität, Pressestelle (alle Downloads: 18.12.2014).

Die Mitteilungen aus dem SOFI sind auf der Website des SOFI (www.sofi.uni-goettingen.de) als PDF-Download erhältlich und können in ihrer gedruckten oder digitalen Fassung per Mail abonniert werden. Archiv der Mitteilungen: <http://www.sofi-goettingen.de/index.php?id=779>.

■ Zukunft der Arbeitsteilung und moralische Ökonomie „Es ist schon irgendwo relativ ungerecht ...“

Harald Wolf

Der Wandel der Arbeit befördert Ungleichheit und Unsicherheit. Vor allem die wachsende Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse ist unter dem Stichwort Prekarisierung prominentes Debatthema: die Ausdifferenzierung von Beschäftigungsformen und die Ausbreitung „flexiblerer“ Beschäftigungsverhältnisse. Weniger Beachtung findet, dass gleichzeitig eine starke Ausdifferenzierung, ja Fragmentierung von Arbeitsprozessen selbst stattfindet, die zu komplementären prekären Formen asymmetrischer Kooperation führt. Wichtig wäre es, genauer auf die Verschränkung von Prekarisierung und forcierter Arbeitsteilung zu achten, um den Folgen für die normativen Anspruchshaltungen der Beschäftigten und den sozialen Zusammenhalt in der Erwerbssphäre auf die Spur zu kommen.

Arbeitsteilung und Sozialintegration

Beim Begriff Arbeitsteilung denkt man in der Arbeits- und Industriosozologie wohl immer noch vorrangig an die unmittelbare Arbeit und ihre Zerlegung (durch Taylorismus) bzw. das „Ende der Arbeitsteilung“ (Kern/Schumann 1984) im Posttaylorismus. Das ist ein Erbe Georges Friedmanns, der der Disziplin ihren Fokus auf die Arbeitsteilung „im Kleinen“ vorgegeben hat. Durkheims Arbeitsteilungs-Konzept warf er vor, die Arbeitszerlegung in der unmittelbaren Produktion – für Friedmann das zentrale Phänomen der modernen Industrie – auszublenden; auf die „travail en miettes“, die Arbeit in Scherben, sei aber das Augenmerk von Arbeitsanalyse und -kritik zu richten (Friedmann 1959). Die Arbeitsteilung „im Großen“ geriet eher aus dem Blick: namentlich die um sich greifenden Rationalisierungsstrategien der Auslagerung und Neukombination von Arbeit, die auf wachsende zwischenbetriebliche Arbeitsteilung setzen und zur Unsicherheit und Ungleichheit von Arbeit entscheidend beitragen.

Was aber heißt wachsende Arbeitsteilung für die Sozialintegration und für

die „moralische Ökonomie“, d. h. die normativen Ansprüche, Gerechtigkeits- und Legitimitätsvorstellungen, die ökonomisches Handeln, über die bloßen Eigeninteressen hinaus, motivieren (können) – auch Kritik und Protest, wenn die Legitimität der ökonomischen Ordnung durch Entwicklungen, die diese Ansprüche verletzen, in Frage gestellt wird (Thompson 1971)? Wenn man diese moralische Motivationsquelle ernst nimmt und die Frage nach der Sozialintegration bei fragmentierter Arbeit stellen will, muss man die Gerechtigkeitsvorstellungen und möglichen Legitimationsprobleme in Arbeit und Betrieb aus der Beschäftigtenperspektive untersuchen. Das haben wir in einem breiter angelegten Forschungsprojekt getan, aus dessen Zusammenhang das hier Präsentierte stammt (siehe Kasten).

Fragmentierung als Entwicklungstrend

Der starke Trend zur Fragmentierung von Arbeit erhält seit längerem wichtige Impulse von verschiedenen Formen und Prozessen der Unternehmensreorganisation, die eine Dynamik sich wechselseitig ermöglichender und steigender Entwicklungen auslösen:

- Outsourcing von nicht mehr dem Kerngeschäft zugerechneten Prozessen,
- Einsatz von I+K-Technologien zur Steigerung der Koordinations- und Kontrollpotenziale,
- Zunahme von Unternehmenskooperationen,
- Flexibilisierung des Arbeitskräfteeinsatzes durch Leiharbeit,
- Flexibilisierung zwischenbetrieblicher Kooperation durch Werkverträge,
- Abbau von Hierarchiestufen in der Einzelorganisation,
- Ausbau von Formen der Projektorganisation.

All diese Prozesse können durch das Anstoßen einer weiteren Auslagerungsrunde erweitert und vertieft werden. Je nach Reichweite der Fragmentierung und Art der nun überbetrieblich zu gewährleistenden Koordination und Integration kommt es zu einer mehr oder weniger gravierenden Komplexitätssteigerung inner- und zwischenbetrieblicher Beziehungen. Es geht nicht mehr nur um Beziehungen und Konflikte zwischen Management, Beschäftigten und deren Interessenver-



Angestellt beim Endhersteller oder in Zeitarbeit?

tretern in einer überschaubaren Arbeitsorganisation – sondern viele Organisationen und damit vielfältige Abhängigkeits- und Konfliktbeziehungen zwischen unterschiedlichsten Akteuren überlagern sich (Marchington et al. 2005).

Im Zuge der Fragmentierung bilden sich Parallelwelten der Arbeit und Beschäftigung heraus (Helfen/Nicklich 2013; Holst/Singe 2013). Wie solche Parallelwelten aussehen können, sei anhand einer Konstellation in der ostdeutschen Automobilindustrie illustriert. Die fragmentierten Arrangements, die nicht zuletzt auf das Umgehen von Tarifbindungen und das Ausnutzen von Lohndifferenzen abzielen (Buss 2014, 266ff.), gewinnen in diesem Beispielfall besonders scharfe Konturen, weil sogenannte Onsite-Werkvertragsunternehmen mittlerweile eine bedeutende Rolle spielen. Entstanden ist ein organisatorisch ver-

schachteltes System von zwischenbetrieblichen Vertrags- und Austauschbeziehungen und von Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnissen – mit den Endmontagewerken zweier Automobilunternehmen und ihrer Stammebelegschaft an der Spitze, die – als erste Stufe darunter – mit einem hohem Leiharbeiteranteil operieren.

Es folgen die Zulieferer bzw. sogenannte Industriedienstleister (ID) als Werkvertragsunternehmen, in denen die Beschäftigten zu Konditionen arbeiten, die unterhalb denen der Leiharbeiter beim Endhersteller liegen. Diese ID haben wiederum selbst einen hohen Leiharbeiteranteil – diese Leiharbeiter bevölkern die unterste Etage dieses Arrangements. Die formale Integration der fragmentierten Prozesse erfolgt über spezifische Vertragsbeziehungen zwischen Endherstellern und Zulieferern bzw. ID, insbesondere über Werkverträge. Die räumliche Integrati-

on findet auf bzw. um das Werksgelände des Endherstellers statt: Faktisch sind die Arbeitsprozesse in die vom Endhersteller bestimmten Kooperationsbeziehungen unmittelbar vor Ort in vielfältiger Weise eingebunden bzw. von diesen abhängig – die ID produzieren direkt auf dem Werksgelände oder direkt vor den Werkstoren. Zugleich bleibt die Einbindung immer prekär: Werkaufträge werden periodisch neu ausgeschrieben, Leiharbeitsverhältnisse sind kurzfristig beendbar.

Die Beschäftigten arbeiten im Rahmen einer aufgespaltenen Wertschöpfungskette mit rechtlich wie organisatorisch entkoppelten Gliedern (zum Teil am gleichen Standort), die gleichwohl im Hinblick auf Arbeit und Kooperation sowie Kontrolle eng gekoppelt und füreinander buchstäblich sichtbar sind. Entscheidend ist, dass diese Parallelwelten tagtäglich in jedem einzelnen Arbeits-



Angestellt beim Endhersteller oder beim Zulieferer?

vollzug direkt aufeinander bezogen bleiben und wechselseitig unmittelbar „Einblicke“ ermöglichen.

Gerechtigkeitsansprüche und arbeitspolitische Dynamik

Wir haben im Rahmen unseres Projektes 9 Beschäftigte (Festangestellte und Leiharbeiter) in zwei Zuliefer- bzw. ID-Betrieben in der skizzierten Konstellation nach ihren Erfahrungen mit und in der Arbeit und im Betrieb und nach ihrer Beurteilung und Bewertung dieser Erfahrungen gefragt. Die Befragten sind als Montage- und Transportarbeiter tätig und verrichten repetitive Teilarbeiten, die eingebunden sind in den Bandrhythmus der Endmontage des Endherstellers. Bei unseren Befragungen interessierten uns vor allem ihre Ansprüche an Arbeit und die Gerechtigkeitsvorstellungen, die darin zum Ausdruck kommen.

Die Ansprüche an Arbeit in unserem Gesamtsample kreisen um fünf Gerechtigkeitsprinzipien: Leistung, Selbstverwirklichung, Beteiligung, Würde und Fürsorge. Für die Befragten in der Beispielkonstellation stehen Leistungs- und Beteiligungsgerechtigkeit im Mittelpunkt. Bei der Leistungsgerechtigkeit geht es um die normativen Erwartungen im Hinblick auf das Austauschverhältnis zwischen der eigenen – quantitativen wie qualitativen – Leistung und der Gegenleistung der Organisation (bezogen auf Entlohnung, Belastung, Arbeitszeitgestaltung etc.), und Fluchtpunkt der Beteiligungsansprüche ist gleichsam der „Bürgerstatus“ in der Organisation, die gleichberechtigte Mitwirkung an Entscheidungsprozessen.

Die Frage der Leistungsgerechtigkeit wird im Beispielfall am drängendsten und offensten thematisiert. Neben dem als ungerecht empfundenen hohen Maß an Unsicherheit der Beschäftigungsverhältnisse in den Zuliefer- und Dienstleistungsbetrieben stehen die niedrige Entlohnung und die Einschränkungen und die Beanspruchung durch hohe Arbeitsintensität und körperliche Belastungen (sowie die Arbeitszeitregelung: gearbeitet wird in Schichtarbeit) im Zentrum des Erzählens und Urteilens über Arbeit und Betrieb. Gemessen an Formeln wie „Glei-

che Arbeit – gleicher Lohn“ oder „Gleiche Arbeit – gleiche Wert-Schätzung“ beurteilen die Befragten die gegebenen Arbeitsverhältnisse als überaus ungerecht und kritisieren sie. Das geschieht vor allem unter Verweis auf real existierende positiv besetzte Vergleichsordnungen, die man als Kritik- bzw. Begründungsfolie heranzieht (siehe unten).

Erfahrungen von Verletzungen ihrer Ansprüche auf Einflussnahme, auf Input in und Beteiligung an Entscheidungen werden von den Befragten ebenfalls breit thematisiert. Daneben stehen aber (stolze) Schilderungen über das Erkämpfen und Durchsetzen von Beteiligungsmöglichkeiten. Als Ausgangspunkte bzw. Auslöser dafür werden interessanter Weise nicht direkt die "depressiven" Entlohnungs- oder Belastungsbedingungen genannt, sondern "Strafmaßnahmen", Maßregelungen, die als unangemessen und unwürdig empfundene Behandlung durch Vorgesetzte.

Inzwischen sind bei einer involvierten Leiharbeitsfirma bzw. bei einem der ID Betriebsräte etabliert, die – mit Unterstützung der örtlichen Gewerkschaftsorganisation – durch Abschluss mehrerer Betriebsvereinbarungen bzw. Haustarifverträge eine deutliche Verbesserung der Leistungsbedingungen erreicht haben. Um die Kluft zwischen den Ansprüchen in puncto „Leistung“ und der betrieblichen Wirklichkeit ein Stück weit zu schließen, mussten Beteiligungsansprüche „von unten“ aktualisiert und mobilisiert werden. Ohne direkte, selbsttätige Beteiligung keine besseren Leistungsbedingungen, heißt in diesem Beispielfall die Formel der arbeitspolitischen Dynamik.

Vergleichsordnungen und Gerechtigkeitspositivismus

„Also es ist schon irgendwo relativ ungerecht“, resümiert ein Befragter die Ausführungen über seine Arbeit. Relativ zu was? Gerechtigkeitsurteile sind immer auch Ergebnis von Vergleichen – mit Prinzipien oder/und (anderen) Realitäten, an denen die eigene Situation gemessen und als gerecht bzw. ungerecht eingestuft wird. Welche Vergleichsfolien (als Beurteilungs- und Kritikfolien) werden von den hier Befrag-

ten herangezogen? Hier erweist sich als zentral, dass das beschriebene fragmentierte Arbeitsgefüge allen tagtäglich vor Augen steht und sie im Kontext einer „Ungleichheit zum Anfassen“ arbeiten. Das fordert Vergleiche geradezu heraus. Ständig ist man zu Beurteilungen offensichtlich unterschiedlicher Verfahrensweisen für gleiche oder ähnliche Problemlagen herausgefordert.

Die (Un-)Gerechtigkeitsurteile beziehen sich vor allem auf Primärerfahrungen „vor Ort“: Vergleichsfolie sind die Arbeits-, Leistungs- und Entlohnungsbedingungen beim Endhersteller als einem „Weltunternehmen“, das für "Hochqualitätsprodukte" usw. steht, zu denen man selbst einen erheblichen Beitrag leistet, der aber nicht angemessen anerkannt und honoriert wird. Eine zweite Vergleichsfolie für die hier beschäftigten ostdeutschen ArbeitnehmerInnen ist „der Westen“: Auch beruhend auf eigenen, früheren Erfahrungen, wird ein sozial eingegerter Kapitalismus in Westdeutschland zum positiven normativen Referenzpunkt gegenwärtiger Ungerechtigkeits Erfahrungen in einem „frühkapitalistischen“ Osten (so ein Befragter). Schließlich wird auf eine anderenorts als verwirklicht angesehene normative Ordnung von Betrieb rekurriert, die den von den Beschäftigten (und Betriebsräten) hier erlebten Ausschluss nicht kennt – gleichsam der homogene, inkludierende Betrieb mit einer entsprechend übersichtlichen, einheitlichen Betriebsverfassung.

Die Bezugsrahmen der Gerechtigkeitsurteile, für Rechtfertigung und Kritik, sind mithin mehr oder weniger „diesseitig“. Man kann gleichsam von „Gerechtigkeitspositivismus“ sprechen: Bezüge werden durchweg zu real existierenden Ordnungen, verwirklichten, faktisch geltenden Normen hergestellt, denen man Beurteilungs- und Bewertungskriterien entnimmt bzw. auf die man sich stützt. Es wird kein abstraktes Sollen beschworen, das man der schlechten Realität entgegenhält, sondern konkret vorhandene – bzw. als solche wahrgenommene und interpretierte – positive Verkörperungen dessen, was man für recht und billig hält, dienen als Referenz und Kritikfolie.

Anomie, Exklusion oder Solidarität?

Kommen wir zurück zur Ausgangsfrage nach der Sozialintegration bei wachsender Arbeitsteilung. Ein denkbares Anomieszenario in Folge von Prekariisierung und Fragmentierung hieße: es kommt zu sozialer Desintegration, die Bindekraft gemeinsamer sozial-moralischer Leitideen nimmt ab, die Realitäten nähern sich dem neoliberalen Bild vom ausschließlich durch Eigeninteresse motivierten und nur noch via Konkurrenz und Markt integrierten ökonomischen Handeln an.

Davon ist das Gezeigte weit entfernt. Eine Pointe war ja: sozialmoralische Vergleiche werden endemisch. Doch wohin führt das? Plausibler erschiene schon eine Art Exklusionsszenario mit einer Zunahme „gewollter Ungleichheit“ (Dubet 2014): Die Beschäftigten unterschiedlicher Betriebe oder Berufsgruppen schotten sich gegeneinander ab, verteidigen ihre Partialinteressen und tragen so zum Erhalt oder gar zur Vertiefung der Fragmentierungsgräben in der Arbeitswelt bei – das wäre das Muster einer „exkludierenden Solidarität“ (Dörre et al. 2013).

Was man aber in unserem Beispielfall sah, war eine vorherrschende Orientierung der Beschäftigten an gemeinsamen – als allgemein geltend unterstellten – sozial-moralischen Leitideen und Gerechtigkeitsnormen. Die Parallelwelten der Arbeitsteilung in solchen fragmentierten Arbeitskonstellationen stel-

len zugleich Parallelordnungen der Legitimation betrieblicher Herrschaft dar, die arbeitspolitische Vergleiche und massive sozialmoralische Kritik herausfordern. Die Beschäftigten artikulieren mit Bezug auf jeweilige Parallel- und Vergleichsordnungen dezidierte Ansprüche auf Gleichbehandlung und Gerechtigkeit und stellen die Legitimität betrieblicher Herrschaft mit Verweis auf solche Vergleichsordnungen in Frage.

Wachsende Ungleichheit und Unsicherheit in der Erwerbsarbeit müssen nicht zwangsläufig zu Anomie oder Ab- und Ausgrenzung führen, sondern können auch mit sozialmoralischer und arbeitspolitischer Aktivierung und Solidarisierung einhergehen. Inwiefern freilich diese Befunde allgemeine Entwicklungstendenzen repräsentieren, muss offen bleiben. Unstrittig dürfte sein, dass wir es inzwischen vielerorts mit fragmentierten Arbeitswelten zu tun haben. Zu fragen bleibt, inwieweit das Solidaritätsszenario verallgemeinerbar ist bzw. worin die Bedingungen seiner Verallgemeinerung bestehen.

Literatur

Buss, Klaus-Peter (2014): Mit ererbten Kompetenzen zu neuen Geschäftsmodellen. Ostdeutsche Betriebe auf dem Weg von der Plan- in die Marktwirtschaft, Springer VS, Wiesbaden.

Dörre, Klaus; Happ, Antje; Matuschek, Ingo (Hrsg.) (2013): Das Gesellschaftsbild

der LohnarbeiterInnen. Soziologische Untersuchungen in ost- und westdeutschen Industriebetrieben, VSA Verlag, Hamburg.

Dubet, François (2014): „Der Wille zur Gleichheit. Ein Zwischenruf zu Ungleichheit und Solidarität in Europa“, Mittelweg 36, Nr. 2, S. 97–112.

Friedmann, Georges (1959): Grenzen der Arbeitsteilung, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main.

Helfen, Markus; Nicklich, Manuel (2013): „Zwischen institutioneller Kontinuität und De-Institutionalisierung – Industrielle Dienstleistungen als Parallelwelt überbetrieblicher Arbeitsbeziehungen“, Berliner Journal für Soziologie 23, S. 471–491.

Holst, Hajo; Singe, Ingo (2013): „Ungleiche Parallelwelten – Zur Organisation von Arbeit in der Paketzustellung“, Arbeits- und Industriesoziologische Studien 6, Nr. 2, S. 41–60.

Kern, Horst; Schumann, Michael (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, Verlag C.H. Beck, München.

Marchington, Mick; Grimshaw, Damian; Rubery, Jill; Willmott, Hugh (Hrsg.) (2005): Fragmenting Work. Blurring Organizational Boundaries and Disordering Hierarchies, Oxford University Press, Oxford, New York.

Thompson, E.P. (1971): „The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century“, Past & Present, No. 50, S. 76–136.



Angestellt beim Zulieferer oder in Zeitarbeit?

Informationen zum Projekt

Das Projekt „Brüchige Legitimationen – Neue Handlungsorientierungen? Gerechtigkeitsansprüche und Interessenorientierungen in Arbeit und Betrieb auf dem Hintergrund von Krisenerfahrungen“ wird von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert und vom ISF München (Projektteam: Nick Kratzer, Wolfgang Dunkel, Wolfgang Menz, Sarah Nies, Dieter Sauer) und dem SOFI Göttingen (Projektteam: Knut Tullius, Harald Wolf, Berthold Vogel) durchgeführt (Laufzeit: Mitte 2012 – Ende 2014).

■ Krisen der Routine – Routine der Krisen

Die Mittelschicht – ein Krisenroutinier?

Berthold Vogel

Der folgende Beitrag eröffnete die Ad-hoc-Gruppe „Mobile Mittelschichten? Strategien und Muster sozialer Mobilität in Zeiten der Krise“ auf dem Soziologiekongress in Trier im Oktober 2014. Im Vortrag wird das Motto des Soziologiekongresses „Krisen der Routine – Routine der Krisen“ auf Soziallage und Habitus der Mittelschichten bezogen. Die Mittelschicht – wo, wenn nicht hier finden wir Krisenroutiniers?!

Die Mittelschicht ist ein Krisenroutinier. Das ist der Ausgangspunkt der nachfolgenden Überlegungen. Doch welche institutionellen Voraussetzungen benötigt die Krisenroutine? Die Antwort lautet: Die zentrale Voraussetzung für Krisenroutine ist zweifelsohne der Wohlfahrtsstaat; der Wohlfahrtsstaat verstanden als eine spezifische Zeit- und Mentalitätsordnung ermöglicht Krisenroutine, ja als veritables Konfliktfeld erfordert er sogar Krisenroutine! Abschließend steht die Frage: Wie viel Krise verträgt die Mitte und wie viel Krise braucht die Mitte? Die Antwort erfolgt als Plädoyer mit unterschiedlicher, aber sich gleichwohl ergänzender Blickrichtung: Zum einen sollten wir nicht alleine auf Zerfallsprozesse der Mittelschicht fixiert sein, sondern auch neue Professionalisierungs- und Etablierungsprozesse in der Mitte der Gesellschaft im Blick behalten; zum anderen müssen wir eine generationspezifische Reproduktionskrise und Mobilitätsstrategie der sozialen Mitte zur Kenntnis nehmen: nicht nur in Südost- oder Südeuropa verlassen die jungen und gut qualifizierten Leute das Land (im doppelten Sinn des Wortes), um anderenorts ihren Weg zu gehen.

Ausgangspunkt: Die Mittelschicht ist ein Krisenroutinier

Was ist ein Krisenroutinier? Das ist jemand, der oder die damit rechnet, dass die Dinge nicht immer so laufen, wie sie laufen sollten. Das ist jemand, der oder die damit rechnet, dass Investitionen scheitern können, dass Strategien ins

Leere laufen, und dass das erworbene Kapital nicht immer das abwirft, was es abwerfen könnte.

Krisenroutiniers sind mithin skeptische Menschen, die darum wissen, dass der soziale Alltag oftmals eine ungeheure Energieverschwendung ist, die aber trotzdem nicht aufhören können, in ihre Zukunft zu investieren, da die Zukunft ihre Zeitordnung ist. Nichts fürchten sie mehr als Zukunftszerstörung – als die Zerstörung der Hoffnung, dass entweder alles so bleibt wie es ist, dass sich alles doch immer zum Guten wendet, oder dass das soziale Morgen den Lohn der wirtschaftlichen, beruflichen, familiären Mühen bringen wird. Krisenroutiniers kennen soziale Aufstiege und Abstiege bzw. sie stellen die Möglichkeiten des Aufstiegs und des Abstiegs in Rechnung – sie sind mit sozialer Mobilität vertraut, sie rechnen mit sozialer Mobilität. Mit Blick auf Verlauf und Richtung sozialer Mobilität lassen sich folgende Unterscheidungen treffen:

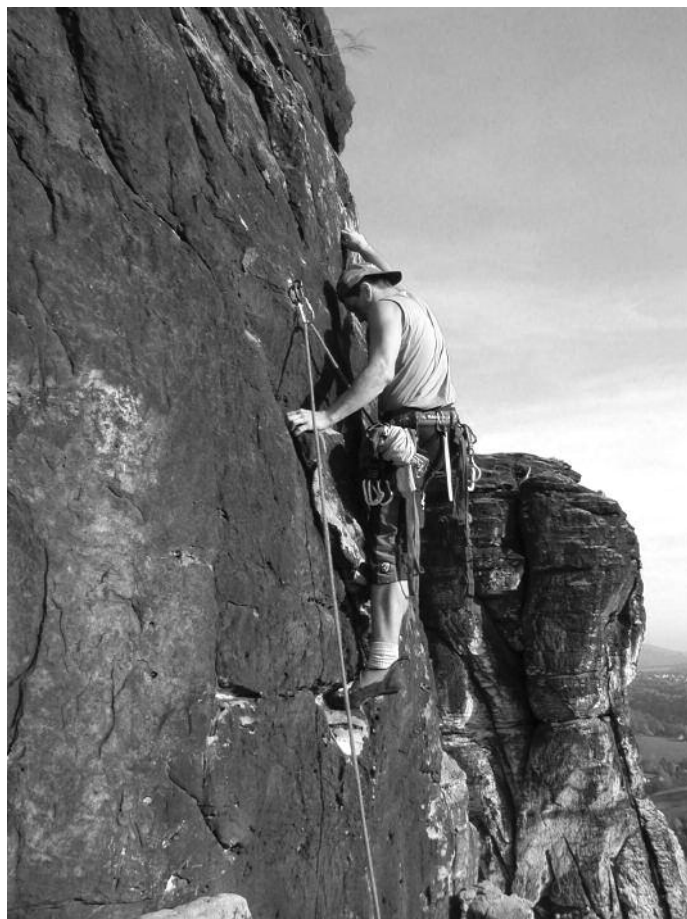
Unter den Krisenroutiniers finden sich selbstbewusste Aufsteiger, aus denen etwas geworden ist, die aber wie alle Aufsteiger den sozialen Instinkt besitzen, dass jede Sicherheit trügerisch ist;

unter den Krisenroutiniers finden sich aber auch nervöse Absteiger, denen ihre Verhältnisse, ihre soziale Umgebung, ihre vertraute Praxis zu

entgleiten drohen oder schon entgleiten sind – gleichwohl: sie geben nicht auf und lassen sich nicht fallen, denn wer weiß schon, was morgen ist;

und wir sehen unter den Krisenroutiniers die aufmerksamen Positionsverteidiger, die stets die Hacken in den Boden schlagen, um das einmal Erreichte nicht flugs wieder zu verlieren.

Kurzum: Wir sehen drei Mobilitätstypen der Mittelschicht, die allesamt Krisenroutiniers par excellence sind! Wer sich in der Mitte der Gesellschaft befindet, der oder die ist ein Routinier im Umgang mit den Wechselfällen des Lebens. Aufsteiger fordern diese Wechselfälle geradezu heraus – wie könnte auch ein krisenfreier sozialer oder beruflicher Aufstieg aussehen? Es sei denn wir haben eine ganz und gar naive Vorstellung von Erfolgskarrieren; und die Mittelschichtsgesellschaften,



Aufsteiger brauchen Kletterhilfen



Absteiger brauchen Sicherungsseile

die wir seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kannten, waren allesamt Aufsteigergesellschaften, im westlichen wie im östlichen Teil Europas.

Ins Makrosoziologische gewendet können wir daher sagen: Aufsteigergesellschaften provozieren Krisen, denn Aufsteigergesellschaften bilden spezifische Organisationen und Institutionen aus, die Privilegierungsdynamiken und Destabilisierungsprozesse in Gang setzen.

Institutionelle Voraussetzungen der Krisenroutine

Damit die Mitte der Gesellschaft Krisenroutinen entwickeln kann, braucht sie bestimmte soziale, materielle, berufliche, institutionelle Grundlagen – Haltegriffe und Stützpunkte (das gilt für alle Mobilitätstypen): die Aufsteiger brauchen Kletterhilfen, die Absteiger Sicherungsseile und die Statusbewahrer benötigen festen Boden unter den Füßen.

Diese Fixpunkte (also die Kletterhilfen, die Sicherungsseile und der feste Boden) sind mit einer bestimmten Mentalität und mit einer spezifischen Zeitordnung verknüpft – diese Mentalität und Zeitordnung verkörpert keine Institution besser als der Wohlfahrtsstaat: Der Wohlfahrtsstaat repräsentiert ein sozial- und ein mentalitätsgeschichtliches

Institutionengefüge, das zwei Bausteine hat: eine Idee der Sorge und ein Konzept der Zukunft.

Die Idee der Sorge repräsentiert eine soziale Infrastruktur öffentlicher Dienstleistungen und Güter, die zentralstaatlich, kommunal, aber auch korporativ zur Verfügung gestellt und verantwortet werden. Die Idee der Sorge ist mit der Idee der Öffentlichkeit und Gemeinwohls verknüpft. Die Probleme der Einzelnen werden zu Angelegenheiten der Allgemeinheit – die Alphabetisierung, die Gesundheit, die Mobilität, die Transparenz der Verwaltung. Sorge bedeutet: es gibt kollektive Angelegenheiten und Bedürfnisse, nicht jeder ist sich selbst der Nächste. Die Infrastruktur ist eine basale Voraussetzung für berufliche Mobilität, für die Möglichkeit, sich aus familiären und lokalen Bindungen zu lösen, für die Wahlfreiheit der Tätigkeit und des Berufs!

Ein Konzept der Zukunft heißt: das Leben folgt einer Entwicklungsrichtung; in der Mitte zu sein, heißt: Optionen zu haben, positive oder negative! Das unterscheidet die Mitte vom Oben und vom Unten der Gesellschaft. Denn diejenigen, die oben sind, handeln unter Rückgriff auf ihre Vergangenheit, sie verwerten Vorhandenes, nicht die Zukunft. Die Vergangenheit, also die erworbenen Ressourcen (im Sinne Pierre

Bourdieu die „Kapitalien“) strukturieren das soziale Handeln. Auf andere Weise stellt sich dies in den unteren Etagen der Gesellschaft dar! Nicht die Vergangenheit, nicht die Zukunft sind soziale Referenzpunkte, die Gegenwart determiniert das Alltagshandeln.

Der Wohlfahrtsstaat ist Zukunftsermöglicher, er privilegiert damit die Mittelschichten, die in ihrer sozialen Wahrnehmung, ihrem Handeln und ihren Erwartungen die soziale Klasse der Zukunft ist! Der Wohlfahrtsstaat schafft Handlungsspielräume durch das Angebot an sozialer Sicherheit, er macht frei von Gegenwartsnöten und ermöglicht Zukunftshoffnung; und ganz praktisch: er schafft als investiver Akteur Arbeit – im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der Verwaltung und Daseinsvorsorge, aber auch als öffentlicher Auftraggeber im Handwerk bzw. im lokalen Mittelstand.

Wie viel Krise braucht die Mitte? Wie viel Krise verträgt die Mitte?

Krisen sind Momente und Gelegenheiten für Mobilität und Konflikt. In diesem Sinne haben Krisen keinesfalls nur eine schließende Tendenz im Sinne der Zukunftsvernichtung oder der Erosion der Sorgebeziehungen, sondern Krisen können immer auch im Sinne der Schumpeterschen Überlegung zur „schöpferischen Zerstörung“ gedeutet werden: sie haben den Sozialraum öffnende Tendenzen!

Die Krise des männlichen Ernährermodells öffnet neue Erwerbschancen für Frauen; die Krise des Normalarbeitsverhältnisses macht Arbeitskräften Platz, die nach neuen Arbeitszeitmodellen und Karrierekonstruktionen suchen; die Krise des Wohlfahrtsstaates gibt neuen Wettbewerbern auf Wohlfahrtsmärkten Chancen, z. B. sichern sich private Versicherungsunternehmen Marktanteile im Bereich der Altersversorgung oder der Krankenversicherung, neue Akteure in den Pflegeberufen treten auf den Markt – diese Reihe könnte fortgesetzt werden.

Wir sollten daher in der soziologischen Forschung zur Lage der Mittelschicht und ihrer Mobilitätsperspektiven nicht nur auf die Zerfallsprozesse der Mittelschicht blicken, auf Angstkulturen oder

Statuspanik, sondern auch neue Professionalisierungs- und Etablierungsprozesse in der Mitte der Gesellschaft im Blick behalten. Die Arbeitswelt mag heute in vielerlei Hinsicht prekär sein, sie bietet in zahlreichen Branchen und Professionen, in der Umwelt- und Netzwerktechnik, im Bereich der Gesundheits- und Beratungsberufe aber auch neue Chancen und Karriereperspektiven. Wer heute beispielsweise zu jungen, in den MINT-Berufen talentierten Frauen forscht, der wird wenig Statuspanik finden; wer in dualen Studiengängen bei Bosch oder Siemens angehende Ingenieure und Maschinenbauer befragt, der kann nur mit Mühe Deklassierungsängste aufspüren.

Mobilitätshoffnung und Mobilitätsängste sind soziale Grunderfahrungen in der Mitte der Gesellschaft. Und mit Blick auf die Klassendynamik und Klassenmobilität europäischer Gesellschaften lässt sich sagen: Die Mittelschichten verlieren zumindest qualitativ nicht an Gewicht und Relevanz. Im Gegenteil: Im Klassenspektrum der Gesellschaft spielen sie eine immer zentralere Rolle, insbesondere bei der Finanzierung der öffentlichen Leistungen und Infrastrukturen. Bezüglich der Steuerlast für Staat, Kommunen und Gemeinwohl ist

die Mitte ja mehr oder weniger auf sich gestellt. Die öffentlichen Kassen werden aus der sozialen Mitte heraus befüllt. Diese zentrale Rolle ist aber zugleich auch ihre Schwäche, denn es gelingt den Mittelschichten nur sehr begrenzt, eine offensive Steuerpolitik zu Lasten Oberschicht zu formulieren, geschweige denn durchzusetzen. Alles in allem kann von einer schwindenden Bedeutung der Mitte überhaupt nicht die Rede sein.

Doch kehren wir zur Krisenroutine zurück. Entzieht die Prekarität der Arbeitswelt, die Fragilität familiärer und sozialer Beziehungen, die Fragmentierung des Wohlfahrtsstaats und die wachsende Spaltung der Gesellschaft in eskalierenden Reichtum und verhärtete Armut den Mittelschichten die Grundlage, routiniert auf Krisen reagieren zu können? Möglicherweise, aber noch gravierender ist mit Blick auf die Mobilität der Mittelschicht die Frage: Wer repräsentiert die soziale Mitte von morgen?

Das ist keineswegs nur eine demografische Frage, die in schrumpfenden Regionen und Gemeinden gestellt wird, es ist auch eine Frage der beruflichen Chancen, familiären Perspektiven,

mentalener Orientierungen und sozialen Karrieren. Deutlich vor Augen haben wir beispielsweise eine generationenspezifische Reproduktionskrise der sozialen Mitte im Südosten und Süden Europas. Die jungen und gut ausgebildeten Leute in Südost- und Südeuropa verlassen das Land, um anderenorts ihren Weg zu gehen. Wer vorwärts kommen möchte, die oder der muss dies anderen Orts tun. Die Krisenroutine besteht dann nur noch darin, die Kompetenz zur Exit-Option zu besitzen. Diese Exit-Option fordert dann allerdings wieder die Krisenroutine der Mittelschichten in den Zugugländern heraus.

Vieles spricht daher dafür, die Strategien und Muster sozialer Mobilität in den Mittelschichten Europas präziser nachzuvollziehen. Das ist auch insofern ein interessantes soziologisches Vorhaben, da nicht zuletzt von den Krisenroutinen der Mittelschichten die Qualität demokratischer Gesellschaften abhängt. Ressentiment und Solidarität sind Haltungen, die auch ein Ausdruck gescheiterter oder geglückter Routinen im Umgang mit wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Krisen sind. Aber das ist jetzt schon wieder ein weiteres Kapitel ...



Statusbewahrer benötigen festen Boden unter den Füßen

— Lokführerstreik, Pilotenstreik, ...

Mehr Tarifeinheit per Gesetz?

Peter Birke, Jürgen Kädler

Die massiven Streiks der Lokführer- und dem eigenen Anspruch nach auch Zugbegleitengewerkschaft GDL haben Grundsatzfragen tariflicher Regulierung ins Zentrum der politischen Debatten gerückt. Dabei geht es in erster Linie um das Projekt eines Gesetzes zur Tarifeinheit. Nach dem Gesetzentwurf soll bei konkurrierenden Tarifverträgen für die gleichen Beschäftigten in einem Betrieb der Tarifvertrag derjenigen Gewerkschaft gelten, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Tarifvertrags im betreffenden Betrieb den größten Mitgliederanteil hat.

Auf den ersten Blick würde damit lediglich der Zustand wieder hergestellt, der bis 2010 bestanden hatte. In diesem Jahr hatte das Bundesarbeitsgericht (BAG) seine ständige Rechtsprechung grundlegend revidiert, die den Grundsatz der Tarifeinheit bis dahin gestützt hatte. Diese Revision steht im Zusammenhang mit dem zunehmenden Auftreten vertretungsstarker Berufs(gruppen)gewerkschaften als eigenständige Tarifakteure in Bereichen, in denen die konkurrierenden Gewerkschaften bis dahin Tarifgemeinschaften gebildet und einheitliche Tarifverträge abgeschlossen hatten. Diese hoch organisierten Verbände ohne eindeutige rechtliche Grundlage auf die Plätze zu verweisen, erschien den Richtern des BAG offenbar als Problem. Dafür gab es Gründe.

Das Grundgesetz garantiert Koalitionsfreiheit für Arbeitnehmer als Grundrecht. Daraus wird das Streikrecht von Gewerkschaften abgeleitet, ohne Bindung an ein bestimmtes Organisationsprinzip. Der branchenbezogene Flächentarifvertrag und damit die berufsgruppenübergreifende, einheitliche Regulierung der Arbeits- und Entgeltbeziehungen setzten sich erst in der Praxis als Leitprinzip durch. Dies wurde möglich, weil sich das Branchen- bzw. Industrieverbandsprinzip als dominierendes gewerkschaftliches Organisationsprinzip durchsetzte, weil den Ge-

werkschaften flächendeckend entsprechend organisierte, gut integrierte Arbeitgeberverbände gegenüberstanden, und schließlich weil beide Seiten willens und in der Lage waren, Interessenarrangements zustande zu bringen, die sowohl bei der eigenen, durchaus vielfältigen Klientel wie auch bei den konkurrierenden Gewerkschaften in verschiedenen Organisationsbereichen hinreichend breite und dauerhafte Zustimmung fanden. Erst mit dem Verfall dieser Voraussetzungen wurde das Problem der Tarifeinheit im Betrieb praktisch wie rechtlich brisant.

Dass sich gut organisierte und mit hoher Primärmacht ausgestattete Berufsgruppengewerkschaften aus langjährigen Tarifgemeinschaften verabschiedet haben, ist ein Symptom, und nicht die Ursache der Krise des Flächentarifvertrags. Diese dauert schon länger an.

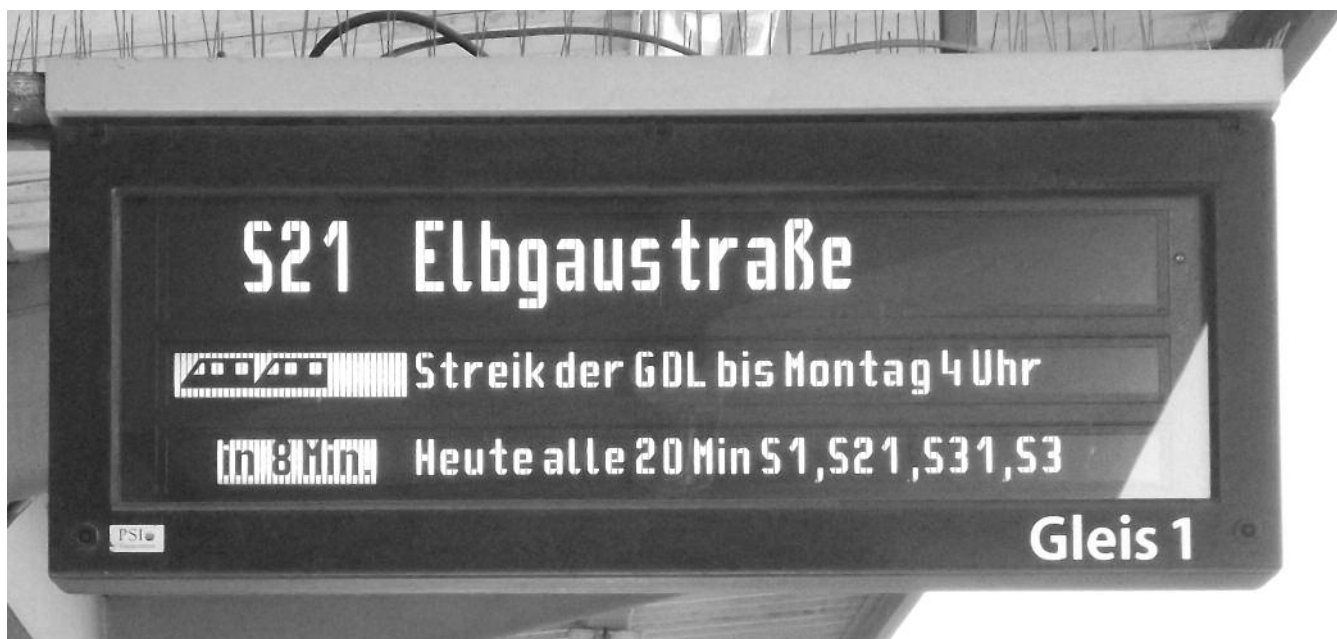
Sinkende Bindewirkung der Arbeitgeberverbände geht mit rückläufiger Tarifbindung einher. Sinkende Organisationsgrade, die Ausweitung von Verbänden und Verbandsmitgliedschaften ohne Tarifbindung und die weitgehende Blockierung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen kennzeichnen die Entwicklung in den traditionellen Wirtschaftszweigen,

während in neu entstehenden Branchen Arbeitgeberverbände gar nicht erst gegründet werden. Unternehmen, Betrieb und Branchenzugehörigkeit fungieren immer mehr als Variablen betriebswirtschaftlicher Optimierung und fallen damit als eindeutige, stabile und verlässliche Koordinaten von Tarifpolitik aus. Resultat ist eine Fragmentierung von Belegschaften, und in der Tendenz eine Polarisierung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse: Bereits jetzt gibt es selbst in vielen Großbetrieben sehr unterschiedliche Beschäftigungsformen, vom Leiharbeiter bis zur Praktikantin, von der fest beschäftigten Kollegin bis zum Werkvertragsnehmer (siehe auch den Artikel von Harald Wolf in dieser Ausgabe). Oft sind für die verschiedenen Belegschaftsgruppen auch unterschiedliche Einzelgewerkschaften in- oder außerhalb des DGB zuständig. In vielen Branchen hat zudem die Zahl der Haustarifverträge enorm zugenommen – so gibt es beispielsweise allein im Bereich der ehemaligen Deutschen Post mittlerweile über 400 einzelne Verträge.

Im Gefolge der Privatisierung vormals als Behörden oder Regiebetriebe organisierter öffentlicher Unternehmen wie Post, Bahn, Kliniken usw hat sich auch insgesamt eine besondere Entwicklung



Mit hoher Primärmacht ausgestattet: GDL-Streik 2007



Alle Räder stehen still ... GDL-Streik 2014

ergeben. Wer bei Bundespost, Bundesbahn oder in einer öffentlichen Klinik beschäftigt war, konnte sich auf zum Teil zwar extrem komplizierte, jedoch eindeutige, stabile, staatlich garantierte Beschäftigungs- und Entgeltbedingungen beziehen, auch wenn diese im einzelnen durchaus umstritten sein konnten. Bei Post und Bahn waren viele Beschäftigte, darunter auch die jetzt im Blickpunkt stehenden Lokführer, Beamte, „Postler“ oder „Eisenbahner“ zu sein, fungierte verbreitet als eine Art beruflicher Identität jenseits der Beruflichkeit im engeren Sinne. Mit der Privatisierung ist dieser stabile Rahmen weggefallen, im Bahnsektor herrscht eine Konkurrenz zwischen der Deutschen Bahn und privaten Gesellschaften, die nicht zuletzt über Entgeltunterschiede ausgetragen wird, bei einem ohnehin nicht besonders üppigen Entgeltniveau. Hinzu kommt, dass auch die Deutsche Bahn als integrierter Konzern eine eigene Zeitarbeitsfirma betreibt, in der unter anderem auch Lokführer arbeiten, und zwar zu deutlich niedrigeren Tarifsätzen. Dass hoch organisierte Berufsgruppen mit großer Primärmacht wie die angestellten Lokführer auf diese Art der Verunsicherung mit Rückzug auf die eigenen Gruppeninteressen reagieren, ist eine naheliegende Reaktion. Das gilt umso mehr, wenn – wie im Fall der Bahnprivatisierung – die Branchengewerkschaften wenig getan haben, um zu einer Verständigung mit diesen Berufsgruppen zu gelangen.

Die Zuspitzung des Konflikts zwischen GDL, Deutscher Bahn und EVG resultiert demnach aus einer doppelten Vertrauenskrise: Der organisatorische und institutionelle Rahmen der Tarifverhandlungen steht genauso zur Disposition wie das Verhältnis der tarifpolitischen Akteure untereinander. Und es spricht einiges dafür, dass die Fixierung des Projekts Tarifeinheitsgesetz im Koalitionsvertrag für die aktuelle Legislaturperiode das ihrige zu dieser Zuspitzung beigetragen hat. Denn anders als in 'normalen' Branchen mit einer Vielzahl von Unternehmen und Betrieben ist das geplante Gesetz für die kleinen Gewerkschaften im Bereich der Bahn unmittelbar existenzbedrohend. Dass sie weiterhin Forderungen formulieren und dafür auch streiken dürfen, nützt ihnen bei der Deutschen Bahn gar nichts, da angesichts der Mehrheitsverhältnisse ohnehin klar ist, dass die Tarifverträge einer anderen Gewerkschaft letztlich gelten werden und lediglich nachgezeichnet werden können. Die Hartnäckigkeit, mit der die GDL auf einer Tarifzuständigkeit auch für Zugbegleiter insistiert, kann man vor diesem Hintergrund als Versuch interpretieren, die eigene Position für die Auseinandersetzung vor dem Bundesverfassungsgericht zu stärken, unter Verweis auf den Status als Mehrheitsgewerkschaft im rollenden Bahnverkehr. Ob das nötig und/oder erfolgreich ist, kann und muss hier dahingestellt bleiben.

Das Tarifeinheitsgesetz stellt einen tiefen Eingriff in das Grundrecht der Koalitionsfreiheit dar. Es ist durchaus offen, ob es vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben wird. Und zudem kann bezweifelt werden, dass es geeignet ist, das aus den Fugen geratende System tarifpolitischer Regulierung zu stabilisieren. Im konkreten Fall würde diese Form gesetzlicher Zwangsschlichtung der Gewerkschaftskonkurrenz die kollektive Arbeitnehmervertretung schwer beschädigt zurücklassen. Denn es ist kaum anzunehmen, dass die Kampfkraft der dann gedemütigten Lokführer umstandslos vom obsiegenden Verband übernommen werden könnte. Schon aus diesen Gründen müsste den beteiligten Gewerkschaften an einer gemeinsamen Lösung des Konflikts gelegen sein, denn von fortbestehender Tarifkonkurrenz hätte keine längerfristig etwas zu gewinnen.

Allgemein könnte das Tarifeinheitsgesetz zu einer zusätzlichen Heterogenisierung der Tarifbeziehungen und zur Verdrängung von Branchen- durch Berufsgruppengewerkschaften in weiteren Bereichen beitragen. So stellen sich verschiedene Berufsverbände des Flugpersonals mit dem Projekt einer Tarifgemeinschaft für den Luftverkehr schon auf die Bedingungen der Tarifeinheit ein. Mehr tarifpolitische Zersplitterung wäre dann die übergreifende Konsequenz.

Finanzialisierung

Finanzmarktorientierung und Innovation – ein Widerspruch?

Michael Faust

Diese Frage stand am 10. und 11. November im Zentrum einer gemeinsam von SOFI, Hans-Böckler-Stiftung und Ford Foundation veranstalteten internationalen Konferenz, die sich auf die Suche nach „Financial Institutions for Innovation and Development“ machte.

Die Tagung stand im Kontext eines von der Ford Foundation finanzierten international vergleichenden Forschungsprojektes. William Lazonick, Initiator des Forschungsprojektes, machte für die USA die negativen Wirkungen der Ideologie des „Maximizing Shareholder Value“ deutlich. Mit Daten für die im S&P 500 vertretenen börsennotierten Unternehmen zeigte er, dass im Zeitraum der letzten 20 Jahre und geradezu explosionsartig im letzten Jahrzehnt das Instrument der Aktienrückkäufe genutzt wurde. Die Unternehmen schwimmen in Geld, nutzen dies aber nicht für Investitionen in nachhaltiges Wachstum und Innovationsfähigkeit, sondern schütten es bevorzugt über Aktienrückkäufe an die Aktionäre aus. Indem sie so die Aktienkurse stützen, steigern die Topmanager zugleich ihre eigenen, überproportionalen Einkommen, die zu einem großen Teil an die Aktienkursentwicklung gekoppelt sind. Die Kehrseite der Medaille sind stagnierende Einkommen und unsichere Arbeitsplatzaussichten für die Mittelschicht. Dies trägt zur wachsenden Einkommensungleichheit bei, die sich in

den USA vor allem in den Zuwächsen bei den 0,1% Top-Einkommensbezieherern niederschlägt, zu denen nicht zuletzt die Topmanager gehören¹.

Der US-Fall wurde auf der Konferenz mit den Entwicklungen in Deutschland und Japan kontrastiert. So diskutierten die aus den USA, Japan und Deutschland kommenden Experten über die Auswirkungen der Finanzialisierung auf Innovation und Innovationspolitik in diesen Ländern. Auch in der deutschen Debatte über die Folgen der zunehmenden Finanzialisierung wurden anfangs Befürchtungen geäußert, dass die Orientierung am Shareholder Value und der zunehmende Einfluss institutioneller Investoren die Innovationsfähigkeit der Unternehmen untergrabe und zur Wachstumsschwäche beitrage. Die neuere Forschung zeigt, dass dies differenzierter zu betrachten ist und dass es auch davon abhängt, was man jeweils unter Finanzialisierung versteht. Wie Jürgen Kädtler (SOFI) argumentierte, kann sich Finanzmarktrationalität (etwa in Gestalt von Zielvereinbarungen mit starker Ausrichtung an Finanzkennzahlen) auch in solchen Unternehmen innovationshemmend auswirken, die aufgrund der Eigentümerstruktur nicht besonders kapitalmarkt exponiert sind, während in Unternehmen im institutionellen Streubesitz im Zusammenspiel von Management und Arbeitnehmervertretung Kräfte gegen innovationshemmende Kurzfristorientierung wirksam werden. Generell sind

die Finanzialisierungsimpulse in Deutschland begrenzt, weil der Sektor der börsennotierten Unternehmen begrenzt ist und selbst dort in vielen Fällen Ankerinvestoren (oft Familien oder ehemalige Gründer, in manchen Fällen auch der Staat) als Puffer gegen kapitalmarktinduzierte Kurzfristorientierung wirken. So machte Ulrich Jürgens (WZB Ber-

lin) auf die stabilisierende Rolle von Stiftungsunternehmen aufmerksam, denen etwa in der deutschen Automobilzulieferindustrie mit bekannten Namen wie Bosch, ZF und Mahle eine große Bedeutung zukommt. Michael Faust (SOFI) zeigte am Beispiel von Beiersdorf und Hapag Lloyd, dass in Fällen unerwünschter Übernahmen neue Ankerinvestoren als Stabilitätsfaktoren mit aktiver Unterstützung durch den Staat als funktionales Äquivalent für die alte Deutschland AG ins Spiel kommen können. Hartmut Hirsch-Kreinsen und Katrin Hahn (TU Dortmund) gründeten ihre Unterscheidung zwischen finanzmarktorientierten und –distanzierten Innovationskonstellationen ebenfalls auf die Eigentümerstruktur, zeigten aber auch, dass selbst in Unternehmen in Kontrolle von Finanzinvestoren (Private Equity) unterschiedliche Effekte im Hinblick auf die Innovationsfähigkeit zu finden sind. Sowohl Jürgen Kädtler als auch Ulrich Jürgens strichen in ihren Beiträgen die Bedeutung der Mitbestimmung und der Gewerkschaften als Gegenkraft zu finanzmarktorientierter Kurzfristorientierung heraus, weil die Mitbestimmungsakteure andere Optionen im Spiel halten (etwa gemäß dem Slogan „Besser statt billiger“).

Aber nicht nur die auf Deutschland bezogenen Beiträge hoben hervor, dass man stärker auf die Diversität innerhalb nationaler Kapitalismen achten muss. So verdeutlichten Kenji Kushida (Stanford) und Masahiro Kotosako (Ritsumeikan University) mit dem Begriff des Syncretismus bzw. des „institutional layering“, dass im gegenwärtigen Japan ein Nebeneinander des alten japanischen Modells, hybrider Formen und von am Silicon Valley orientierten neuen Formen zu beobachten ist. Und Ulrich Jürgens zeigte im Ländervergleich zwischen den USA, Deutschland und Schweden, dass die Gemeinsamkeiten zwischen Akteurskonstellationen mit geduldigem Kapital über die Länder hinweg die (pauschale) Zuordnung von Ländern zu idealtypischen Modellen



Deutsche Börse, Frankfurt

(etwa liberal versus koordiniert) relativieren. Die Beiträge zu den USA zeigten zudem, dass die gängige Vorstellung, in der US-Wirtschaft spielten nur Märkte und Unternehmen eine Rolle im Innovationsprozess, nicht haltbar ist. Vielmehr wird die wichtige Rolle des Staates im Innovationsprozess durch die vorherrschende neoliberale Ideologie eher verdeckt. Mariana Mazzucato und William Lazonick sprachen daher unter Aufgreifen einer Formulierung von Fred Block vom „hidden developmental state“ in den USA, einer innovationspo-

litischen Rolle, der sie auch in neueren Studien zur Biotechnologie und IT-Industrie nachspüren. Die Tagung schloss ab mit einer Diskussionsrunde zu den „policy implications“ und zur Notwendigkeit der politischen Regulierung von Finanzmärkten. Hierzu hatte Renate Mayntz (Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung) in ihrer Keynote Adresse schon hervorragend vorgearbeitet, indem sie die ungute Beziehung zwischen dem Finanzsektor und der Politik analysierte und auf die Probleme hinwies, die sich auch bei gutem (Re-

form)willen durch die Vielfalt der Akteure und Regulierungsarenen und –ebenen im politischen Reformprozess ergeben.

Anmerkungen

¹ Diese Argumente kann man in der Harvard Business Review vom September 2014 nachlesen: William Lazonick (2014), 'Profits without Prosperity. Stock buybacks manipulate the market and leave most Americans worse off'. Eine deutsche Version erschien im November im Harvard Business Manager.

■ Work in Progress 2015

Was bewegt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Arbeitsbewusstsein und Gesellschaftsbild revisited

Erfahrungen mit einer insgesamt als zunehmend krisenhaft erlebten gesellschaftlichen Entwicklung haben dazu geführt, dass die Kritik am politischen und ökonomischen System lauter und vielfältiger geworden ist. Dabei fällt allerdings auf, dass die Arbeitswelt als Impulsgeber und Adressat von Kritik auf den ersten Blick eine nachrangige Rolle spielt. Diesem Thema wird sich die vierte Tagung der SOFI-Tagungsreihe 'Work in Progress' im März 2015 widmen.

Im Vordergrund des gesellschaftlichen Diskurses stehen Themen wie Ökologie, Finanzmärkte oder die sozialen Folgen prekärer Beschäftigung, während die Wahrnehmungen und Deutungen, die Ansprüche und Erwartungen von Arbeitenden an und in Arbeit in den kritischen Debatten kaum eine Rolle spielen. Auch dort, wo sie politisch zum Thema werden, geht es um eher instrumentelle Fragen im Umgang mit demographischer Entwicklung und tatsächlicher oder vermeintlicher Facharbeiterlücke. Galten Erwerbsarbeit und Arbeitsprozess vormals als das kritische Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Dynamik, so erscheinen sie heute eigentümlich neutralisiert. Das ist umso bemerkenswerter, als moderne Gesellschaften heute

mehr denn je als Arbeitsgesellschaften zu charakterisieren sind und das Leben ihrer Mitglieder vor allem auch Arbeitsleben ist.

Immerhin ist die Frage danach, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewegt und wie sie Arbeit und Gesellschaft wahrnehmen, in den letzten Jahren wieder stärker in den Fokus wissenschaftlicher Debatten gerückt. Hat jene lauter gewordene Kritik auch die Arbeitswelt erreicht und wird sie auch von Arbeitnehmern in Bezug auf Arbeit und Betrieb artikuliert? Welche Ansprüche haben Arbeitnehmerinnen heute überhaupt an ihre Arbeit und ihr Erwerbsleben, welche Hoffnungen oder Befürchtungen treiben sie an und um, wie sieht ihr Gesellschaftsbild aus? Nehmen Unzufriedenheit und Kritik in der Arbeit zu, oder richtet man sich ein und passt sich an? Das sind die Leitfragen der vierten SOFI-Tagung „Work in Progress“, die – dieses Mal in Kooperation mit dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München (ISF) – am 23. und 24. März 2015 in der Paulinerkirche in Göttingen stattfinden wird.

Es gibt eine reiche Tradition der arbeits- und industriesoziologischen Bewusst-

seinsforschung, die sich mit solchen Fragen auseinandergesetzt hat – nicht zuletzt das SOFI hat hierzu breit rezipierte Beiträge geleistet. An diese Tradition will die Tagung angesichts veränderter Zeitläufte anknüpfen, um sie neu zu befragen, die Konzepte weiterzuentwickeln oder, wo nötig, durch neue zu ersetzen, um gemeinsam die Forschungsperspektive neu zu justieren. Mit der Tagung wollen wir die Debatten auch zu bündeln versuchen, bestehende Kontroversen kenntlich und diskutierbar machen und einen Rahmen für die Bestandsaufnahme und die Auseinandersetzung bieten.

Erwerbsarbeit war für die „alte“ industriesoziologische Bewusstseinsforschung zunächst ganz selbstverständlich die zentrale bewusstseinsprägende Erfahrung, aus der sich gesellschaftliches Bewusstsein und politische Orientierungen der Arbeitenden gleichsam ableiteten. Diese und weitere Leitannahmen der „Arbeiterbewusstseinsforschung“ wurden aus guten Gründen aber mehr und mehr bezweifelt, ja die Forschung kam schließlich fast ganz zum Erliegen. Seit einiger Zeit jedoch gilt dem Arbeitsbewusstsein und den Handlungsorientierungen von abhängig Erwerbstätigen wieder ein verstärk-

tes arbeits- und industriesoziologisches Interesse. Neue Forschungsansätze sind entstanden, neue Untersuchungen wurden initiiert, neue Diskussionen werden in diesem Feld geführt.

Diese Diskussionslinien aufnehmend, stehen bei der Tagung die folgenden

Fragen im Mittelpunkt: Was wissen wir über Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein von ArbeitnehmerInnen heute? Was dominiert heute die Sicht der Beschäftigten auf Arbeit, was sind die wichtigsten Ansprüche an Arbeit? Wie zentral und bewusstseinsprägend ist Arbeit heute noch? Wie einheitlich,

wie differenziert wird Arbeit erlebt und gedeutet, in welche gesellschaftlichen Ordnungs- und Entwicklungsvorstellungen („Gesellschaftsbild“) ist dies eingebettet? Und mit welchen Interessenorientierungen und Ansprüchen sowie Anforderungen an Interessenpolitik verbindet sich dies?

■ Tagungsprogramm

Montag, 23.03.2015

11.30–12.00 Begrüßung:

Prof. Dr. Jürgen Kädtler (SOFI Göttingen)

12.00–12.30 Einleitungsvortrag:

Dr. Wolfgang Menz/PD Dr. Harald Wolf (ISF München/SOFI Göttingen), Arbeitsbewusstsein und Handlungsorientierungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern heute

12.30–15.00 Panel 1:

Ungerechtigkeitsempfinden und Legitimationsprobleme in Arbeit und Betrieb

Mit Beiträgen von Dr. Stefanie Hürtgen/Dr. habil. Stephan Voswinkel (Institut für Sozialforschung, Frankfurt a. M.), Prof. Dr. Kerstin Jürgens (Universität Kassel), Prof. Dr. Jürgen Kädtler/Prof. Dr. Bénédicte Zimmermann (SOFI Göttingen/Centre Georg Simmel, EHESS Paris), Dr. Nick Kratzer/Dr. Wolfgang Menz/Dr. Knut Tullius/PD Dr. Harald Wolf (ISF München/SOFI Göttingen)

Moderation:

Prof. Dr. Berthold Vogel (SOFI Göttingen und Hamburger Institut für Sozialforschung)

15.00–15.30 Kaffeepause

15.30–18.00 Panel 2:

Ungleichheitserfahrungen und Gesellschaftsbilder: milieu-, klassen- oder geschlechterspezifische Differenzen?

Mit Beiträgen von Prof. Dr. Olaf Groh-Samberg (Universität Bremen), Dipl.-Sozw. Barbara Heil/Dr. Martin Kuhlmann (SOFI Göttingen), Dr. Alexandra Manske (Universität Hamburg), Prof. Dr. Berthold Vogel/Prof. Dr. Jörg Flecker (SOFI Göttingen und Hamburger Institut für Sozialforschung/Universität Wien)

Moderation:

PD Dr. Harald Wolf (SOFI Göttingen)

19.30 Abendessen

Dienstag, 24.03.2015

9.30–12.00 Panel 3:

Arbeitnehmerorientierungen und Interessenpolitik: Handlungspotentiale oder Blockaden?

Mit Beiträgen von Dr. Peter Birke/M.A. Felix Bluhm (SOFI Göttingen), Dr. Ingo Matuschek (Universität Jena), Dipl.-Soz. Sarah Nies/Prof. Dr. Dieter Sauer (ISF München), Dr. Silke Röbenack (Universität Erlangen-Nürnberg),

Moderation:

Dr. Knut Tullius (SOFI Göttingen)

12.00–13.00 Mittagessen

13.00–14.30 Podiumsdiskussion:

„Wohin bewegen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?“

Prof. Dr. Brigitte Aulenbacher (Universität Linz), Prof. Dr. Karin Gottschall (Universität Bremen), Reiner Hoffmann (Vorsitzender des DGB), Prof. Dr. Michael Schumann (SOFI Göttingen)

Moderation:

Prof. Dr. Berthold Vogel (SOFI Göttingen und Hamburger Institut für Sozialforschung)

Informationen zur Anmeldung – Die Teilnahme ist kostenlos. Aufgrund einer begrenzten Teilnehmerzahl bitten wir um eine *verbindliche Anmeldung* bis zum **6. März 2015**. Bitte nutzen Sie hierfür das Anmeldeformular, das Sie auf der Website des SOFI herunterladen können: <http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Textarchiv/WIP4/Anmeldeformular.pdf>.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Sascha Wiegreffe M.A., Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) an der Georg-August-Universität, Friedländer Weg 31, 37085 Göttingen, Tel.: 0551-52205-0, Fax: 0551-52205-88, E-Mail: sascha.wiegreffe@sofi.uni-goettingen.de

Veranstaltungsort: Alfred-Hessel-Saal, Paulinerkirche, Papendiek 14, 37073 Göttingen

Die Tagung gliedert sich – nach einem Einleitungsvortrag zum Forschungsstand und den Leitfragen – in folgende Panels:

■ **Ungerechtigkeitsempfinden und Legitimationsprobleme in Arbeit und Betrieb:** Im ersten Panel richten wir den Blick auf die Frage des Arbeitsbewusstseins und der Ansprüche an Arbeit und Arbeitsgestaltung. Damit hängt das Problem der Akzeptanz und Legitimität von Arbeit und betrieblicher Ordnung – und des Entstehens von Legitimationsproblemen und Ungerechtigkeitsempfinden – unmittelbar zusammen: Welche Normen und Werte – etwa im Hinblick auf Leistung, Partizipation oder Anerkennung – erwarten die Beschäftigten als gültige Normen und Werte für Arbeit und Betrieb? Wird die Arbeits- und Betriebsordnung als gerecht oder als ungerecht empfunden und entsprechend kritisiert? Während die Meinungsforschung seit Langem zu belegen scheint, dass sich ein allgemeines Ungerechtigkeitsempfinden hinsichtlich des Wirtschaftssystems ausbreitet, bleibt unklar, welche Gerechtigkeitsansprüche Arbeitnehmerinnen heute an Arbeit und Betrieb haben und ob sich da-

raus betriebliche Legitimationsprobleme ergeben. In dem Panel werden neue konzeptuelle Überlegungen sowie neuere Forschungsbefunde hierzu präsentiert und diskutiert.

■ **Ungleichheitserfahrungen und Gesellschaftsbilder: milieu-, klassen- oder geschlechterspezifische Differenzen?** Die frühere Forschung war zunächst sehr „arbeiterzentriert“, bevor sie auch Angestellte und andere Arbeitnehmerinnengruppen einbezog. Im zweiten Panel geht es um die vergleichende und kontrastierende Diskussion von Differenzen (oder Konvergenzen) der Gesellschafts- und Ungleichheitserfahrung unterschiedlicher ArbeitnehmerInnengruppen: In welcher Position sehen sich Arbeitskräfte in unterschiedlichen gesellschaftlichen und betrieblichen Konstellationen? Mit welcher Art von Ungleichheit sehen sie sich konfrontiert? Die übergreifende Problemstellung lautet hier: Gibt es milieu- oder klassen- oder genderspezifische Ungleichheitserfahrungen etwa in der industriellen Produktion, im öffentlichen Sektor, unter prekär Beschäftigten oder unter „Kreativen“ – und werden dadurch gesellschaftliche Spaltun-

gen womöglich verfestigt oder gar vertieft?

■ **Arbeitnehmerorientierungen und Interessenpolitik: Handlungspotentiale oder Blockaden?** Arbeitsbewusstsein und (Un-)Gerechtigkeitsempfinden der Beschäftigten hängen mit ihren Interessenorientierungen und Vorstellungen von Interessenpolitik und Interessenvertretung eng zusammen. Das dritte Panel fragt daher: Wie wichtig ist Interessenverfolgung und Arbeitspolitik den Beschäftigten heute überhaupt noch und welche Orientierungen herrschen diesbezüglich vor? Wie einheitlich oder wie differenziert stellen sich diese dar, befördern sie eher Solidarität oder Konkurrenz bei der Interessenverfolgung? Und dominieren heute Haltungen der Anpassung oder der Widerständigkeit und Opposition die Arbeitnehmerorientierungen in Arbeit und Betrieb?

Den Tagungsabschluss bildet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wohin bewegen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?“ – ein Thema, das fraglos nicht nur wissenschaftlich, sondern auch gesellschaftspolitisch hohe Relevanz besitzt.

■ Vorträge und Veröffentlichungen von SOFI-MitarbeiterInnen

Vorträge

Baas, Meike; Kohlrausch, Bettina: Discrimination or Fair Assessment? How Employers' Attitudes toward Low Skilled Youngsters Structure the Recruitment Process. Fachtagung „Employers as Gatekeepers: How Do Recruitment Processes Affect Young People's Labour Market Opportunities?“ Veranstaltet vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), 27./28.11.2014 in Berlin.

Baethge, Martin: Perspektive Integration: Berufsvorbereitung für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf. Beitrag zur VLW-Arbeitstagung 2014, Bochum, 28.03.2014.

Baethge, Martin: Material zu „Mindestlohn und Ausbildungsbereitschaft“. Internes Fachgespräch Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Berlin, 02.04.2014.

Baethge, Martin: Berufsausbildung, Hochschulbildung, Weiterbildung. Fachforum II der Fachtagung „Bildung in Deutschland 2014“, Berlin, 24.06.2014.

Baethge, Martin: Berufsbildung für Menschen mit Behinderungen – Perspektiven des nationalen Bildungsberichts 2014. AG BFN Workshop Inklusion, Dortmund, 07./08.07.2014.

Baethge, Martin: Bildungsbericht 2014: Inklusion in der beruflichen Bildung.

Beitrag zur Konferenz der Friedrich Ebert Stiftung „Inklusion in der Schule – und dann?“, Berlin, 26.09.2014.

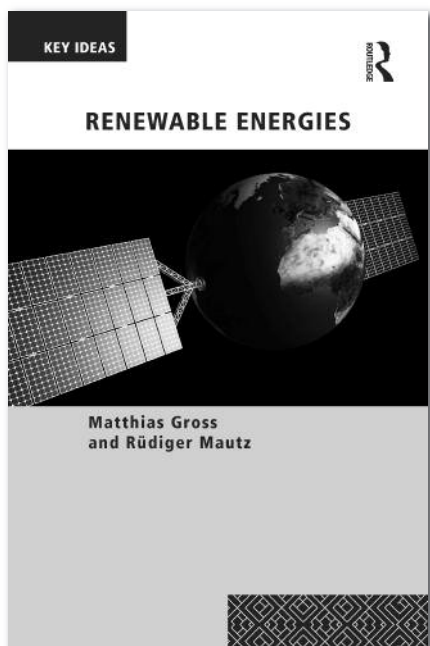
Baethge, Martin; Wieck, Markus: Erosion des deutschen Berufsbildungsmodells? Neue Segmentationslinien im Qualifizierungssystem. Tagung „Teilhabebarrrieren – Vielfalt und Ungleichheit im segmentierten Bildungs- und Beschäftigungssystem“. Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), 23.05.2014.

Baethge-Kinsky, Volker: Kompetenzmessung und Prüfungspraxis – veränderte Prüfungsformate in der Berufsbildung. Forum Berufsbildung, Oldenburg, 17.06.2014.

Fortsetzung auf Seite 29

Erneuerbare Energien

Gesellschaftliches Realexperiment mit offenem Ausgang



**Matthias Groß,
Rüdiger Mautz:**

Renewable Energies

**176 Seiten, 140,00 \$
Routledge, London and
New York 2015**

ISBN: 978-0-415-85861-8

Erneuerbare Energien sind in aller Munde. Sie gelten als eine der wichtigsten technischen Lösungen im Kampf gegen die weltweite Klimaerwärmung, ja als Schlüsseltechnologie auf dem Weg zu einer „Dekarbonisierung“ der globalen Energiesysteme und damit als Hoffnungsträger bei der Eindämmung drohender Umweltrisiken. Die Autoren des vorliegenden Buchs wählen einen genuin soziologischen Zugang zum Thema „erneuerbare Energien“, um Interdependenzen zwischen neuen Formen der Energieerzeugung und -versorgung einerseits und sozialen Veränderungsprozessen andererseits herausarbeiten und theoretisch genauer beschreiben zu können. Eingangs wird anhand einer kurzen Theoriegeschichte aufgezeigt, dass sich bereits etliche soziologische Klassiker mit den energetischen Grundlagen von Gesellschaften befasst und das Zusammenspiel von technologischem und sozialem Wandel untersucht haben, siehe etwa Max Webers Reflexionen zur Rolle der Energieversorgung beim Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Zeitgenössische Theorien soziotechnischen Wandels knüpfen an diese Überlegungen an, insofern sie sowohl die transformativen Kräfte globalen Energiewandels („global energy

shift“) als auch die sozioökonomisch stabilisierende Funktion gewachsener Energieinfrastrukturen aufzeigen.

Ausgehend von neueren Theorieansätzen begreifen die Autoren den – aus internationaler Perspektive mit ganz unterschiedlicher Geschwindigkeit verlaufenden – Energiewandel hin zu erneuerbaren Energien als ein gesellschaftliches Realexperiment mit offenem Ausgang, bei dem es nicht nur um die zukünftigen infrastrukturellen Grundlagen der globalen Energieversorgung geht. Vielmehr geht es angesichts des experimentellen Charakters eines solchen Transformationsprozesses auch um die Frage, wie die Gesellschaft mit Ungewissheit und Nicht-Wissen, mit überraschenden Ereignisketten sowie den nicht-intendierten Folgen des Handelns umzugehen in der Lage ist. Dies trifft sicherlich auch auf Transformationsprozesse in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu, scheint sich aber im Fall der erneuerbaren Energien wie unter einem Brennglas zu bündeln. In dem Buch wird dieses Faktum mit Blick auf verschiedene erneuerbare Energietechniken aufgezeigt, insbesondere am Beispiel der Nutzung der Windenergie, der Photovoltaik sowie – in einem eigenen Kapitel – der Geothermie, der einzigen „unterirdischen“ erneuerbaren Energie, bei der Probleme des Nicht-Wissens und der gesellschaftlichen Risikowahrnehmung in besonderer Weise deutlich werden. Weitere Kapitel des Buches widmen sich unterschiedlichen Problemfeldern des Realexperiments „Energiewende“:

- dem Problem der politischen Regulierung sowie der Entwicklung neuer Formen der energie- und umweltpolitischen Governance angesichts einer sowohl technischen als auch gesellschaftlichen Dezentralisierung der Energieversorgung durch erneuerbare Energien (einschließlich aktiver Bürgerbeteiligung an der Energiewende in zahlreichen Ländern);
- dem Problem des Umgangs mit neuen gesellschaftlichen Konfliktfeldern, etwa mit lokalen/regionalen Nutzungs- sowie Risikokonflikten angesichts der dispersen Verbreitung erneuerbarer Energieanlagen auch in der Nähe von Wohngebieten;
- dem Problem des systemischen Charakters der Energieinfrastruktur, das – zumindest mittelfristig – die Systemintegration sämtlicher soziotechnischer Komponenten einer auf erneuerbaren Energien beruhenden Energieversorgung erfordert und für das zurzeit unterschiedliche – und zum Teil konkurrierende – Lösungen experimentell erprobt werden.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass der gegenwärtige Energiewechsel hin zu erneuerbaren Energien, sofern er gesellschaftlich an den Zielen „Klimaschutz“ und „Nachhaltigkeit“ ausgerichtet sein soll, sich in einem zentralen Punkt von bisherigen Formen des energetischen Wandels zu unterscheiden hätte: Im Fall der erneuerbaren Energien geht es nicht darum, den bisher genutzten fossilen und atomaren Energien lediglich ein neues Set an Energiequellen hinzuzufügen. Vielmehr handelt es sich hier perspektivisch um einen Prozess soziotechnischer Transformation, bei der sich Innovation (der Durchbruch der Erneuerbaren) mit „Exnovation“ verbinden müsste: dem endgültigen Ausstieg aus technologisch veralteten und zudem nicht-nachhaltigen Formen der Energienutzung.

SOFI-Beitrag auf der 2. Nacht des Wissens in Göttingen

Industrie 4.0 – Podiumsdiskussion zur Arbeitswelt der Zukunft

Die industrielle Arbeitswelt steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Die durchgängige Vernetzung von Produkten, Produktionsmitteln und Prozessen über Internettechnologien soll einen Produktivitätsschub bewirken und in ein neues industrielles Zeitalter führen. Produkte sollen sich eigenständig ihren Weg durch die Fabrik bahnen. Menschliche Arbeit soll durch intelligente Assistenten und neuartige Kommunikationsinstrumente effektiviert werden. Ingenieure und IT-Experten sprechen von einer „vierten industriellen Revolution“: der Industrie 4.0.

Doch was ist dran an dieser Vision? Handelt es sich dabei noch um Zukunftsmusik oder ist die Smart Factory bereits Realität? Und welche gesellschafts- und arbeitspolitischen Konsequenzen hat die digitale Vernetzung von Produkten, Maschinen und Menschen? Welche Rolle spielt der Mensch in der Fabrik der Zukunft? Hier ist die Sozialforschung gefragt. In der Podiumsdiskussion kommt die Soziologie ins Gespräch mit Politik, Unternehmen und Gewerkschaften. Es diskutieren:

Dr. Gabriele Andretta, Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtages und Mitglied im Landtagsausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr

Dr. Ing. Volker Große-Heitmeyer, Sartorius Lab Instruments GmbH & Co. KG, Leitung Produktionssystemgestaltung

Dr. Martin Kuhlmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am SOFI, Sprecher des SOFI-Forschungsschwerpunkts „Arbeit im Wandel“

Dr. Constanze Kurz, Ressortleiterin „Zukunft der Arbeit“ beim Vorstand der IG-Metall, Mitglied der „Plattform Industrie 4.0“

sowie ein Vertreter der Ingenieurwissenschaften (IPH – Institut für Integrierte Produktion Hannover).

Wann?

Samstag, 17. Januar 2015, von 18 bis 19.30 Uhr

Wo?

Zentrales Hörsaalgebäude (ZHG) der Universität Göttingen, Hörsaal 006, Platz der Göttinger Sieben 5, 37073 Göttingen



Fortsetzung von Seite 27

Bartelheimer, Peter: Umbruch des Sozialmodells – Konsequenzen für Steuerung und Sozialplanung. Jahrestagung 2014 des Vereins für Sozialplanung. Fulda, 03./04.04.2014.

Bartelheimer, Peter: Teilhabebarrrieren. Einführungsbeitrag zur Tagung „Teilhabebarrrieren – Vielfalt und Ungleichheit im segmentierten Bildungs- und Beschäftigungssystem“. Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), 23.05.2014.

Bartelheimer, Peter: Ungleiche Teilhabe. Normativer Individualismus und kollektive soziale Lagen. Promotionskolleg „Leben im transformierten Sozialstaat“ (FH Düsseldorf, FH Köln, Universität Duisburg-Essen). Düsseldorf, 30.06.2014.

Bartelheimer, Peter: Wie unterscheiden sich kommunale Lösungen für Leistungen zu Bildung und Teilhabe, Fachtagung „Bildung und Teilhabe – ermöglichen und weiterdenken“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration, der hessischen kommunalen Spitzenverbände und Jobcenter, Groß-Gerau, 14.10.2014.

Bartelheimer, Peter: Szenarien des deutschen Kapitalismusmodells – Mikrofundierung gesamtwirtschaftlicher Modelle im Dritten Bericht zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. „Sozialökonomie – ein Zukunftsprojekt“, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS) am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg, 07./08.11.2014.

Bartelheimer, Peter; Henke, Jutta: Fallrekonstruktive Evaluationspraxis zwischen Auftrag und Forschungsinteresse. Eine Methodenreflexion am Beispiel der Arbeitsmarktdienstleistungen, 17. Jahrestagung der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation e.V. gemeinsam mit der Schweizerischen Evaluationsgesellschaft SEVAL „Professionalisierung in und für Evaluationen“, PH Zürich, 10.–12.09.2014.

Birke, Peter: Autonomy at Work – Autonomous Workers? European Social Science and History Conference, Wien, 23.04.2014.

Birke, Peter: Geschichte der Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik, Konferenz „Erneuerung durch Streik“ der Rosa Luxemburg Stiftung, Hannover, 03.10.2014.

Birke, Peter: Urban Social Movements in Germany, Understanding Urban Uprisings, Protests and Movements: European Cities and the Crisis of Neoliberalism, University of Gothenburg, 08./09.10.2014.

Birke, Peter: Hier spart die Stadt. Lesung und Diskussion im Rahmen der Ausstellung „Sparstadt Hamburg“, Hamburg-Museum (Museum für Hamburgische Geschichte), Hamburg, 21.10.2014.

Blum, Felix: Lack of Self-Confidence and Wildcat Strikes – Secondary Analysis of a Shipyard Study of the late 1970s. “European Social Science History Conference 2014”, International Institute of Social History (IISH), Wien, 23.04.2014.

Blum, Felix: Buchvorstellung: "Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen." Zur Streik- und Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet 1918/19. Linke Buchtage, Berlin, 30.05.2014.

Blum, Felix: Buchvorstellung: „Die Massen sind aber nicht zu halten gewesen. Zur Streik- und Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet 1918/19“. Buchladen Rote Straße, Göttingen, 22.10.2014.

Buss, Klaus-Peter: Information technology-based change in the automotive sector. Beitrag zur Mini-Konferenz „The institutional foundations of distributed and open innovation“ im Rahmen der Jahrestagung der Society for the Advancement of Socio-Economics SASE, Chicago, 10.–12.07.2014.

Buss, Klaus-Peter; Feuerstein, Patrick; Hanekop, Heidemarie; Kädtler, Jürgen: Organisation der Mini-Konferenz "The institutional foundations of distributed and open innovation" im Rahmen der Jahrestagung der Society for the Advancement of Socio-Economics SASE, Chicago, 10.-12.07.2014.

Feuerstein, Patrick; Hanekop, Heidemarie: Institutional foundations of open innovation and field dynamics in the software industry: from antagonism to contested cooperation between firms and Open Source community. Beitrag zur Mini-Konferenz „The institutional foundations of distributed and open innovation“, Society for the Advancement of Socio-Economics SASE, Chicago, 10.-12.07.2014.

Kuhlmann, Martin: Gute Arbeit für Kaufleute, Techniker und Ingenieure? Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung 2013 der IG Metall. IGM-Forum der IG Metall Vwst. Erlangen: „Gute Arbeit für Kaufleute, Techniker und Ingenieure. Zielgruppenauswertung der IGM-Beschäftigtenbefragung 2013“, Erlangen, 02.04.2014.

Kuhlmann, Martin: Industrie 4.0 aus arbeitssoziologischer Sicht. BMBF/PTKA-PFT Gesprächskreis Mensch & Arbeit im Kontext „Intelligente Vernetzung in der Produktion – ein Beitrag zum Zukunftsprojekt Industrie 4.0“, Rüsselsheim, 07.05.2014.

Kuhlmann, Martin: Innovative Arbeitspolitik in der Automobilindustrie – Anforderungen an die betriebliche Interessenvertretung. Klausurtagung der IG Metall Betriebsräte Audi Neckarsulm, Schwäbisch-Hall, 23.10.2014.

Marquardsen, Kai: Armut, Prekarität, Teilhabebarrrieren – ein Kommentar aus soziologischer Sicht. Workshop „Gesichter der Armut“, Rostock, 12.09.2014.

Marquardsen, Kai; Haubner, Tine; Scherschel, Karin: Grenzen der Aktivierbarkeit – empirische Befunde einer Langzeitstudie, Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe: Krisenerfahrung Grundsicherung? Individuelle Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit und Grundsicherungsbezug, 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Trier, 09.10.2014.

Mautz, Rüdiger: Energy transition from bottom-up – success factors and obstacles. Second Energy & Society Conference, Krakau, 04.-06.06.2014.

Mautz, Rüdiger: Pluralisierung des deutschen Stromsektors durch den Ausbau erneuerbarer Energien. Vorlesungsreihe „Institutionelle Veränderungen im deutschen Energiesystem“, Universität Stuttgart, 10.07.2014.

Mautz, Rüdiger: Regional-soziale und regional-politische Voraussetzungen für einen Umbau der Energieversorgung in Richtung Nachhaltigkeit, 7. Niedersächsische Energietage, Goslar, 08./09.10.2014.

Philipps, Veronika: Erwerbsbezogene Weiterbildungsteilnahme Älterer und institutionelle Bedingungen in Europa,

1. Jahrestagung des Berliner Netzwerks für interdisziplinäre Bildungsforschung (BIEN) „Bildungsentscheidungen und Bildungserfolge“, Berlin, 11./12.09.2014.

Richter, Maria: Occupational Orientation in Lower-Secondary schools: Does ethnic background matter? Annual BAGSS Conference: “Migration and Integration Research“, Universität Bamberg, 14./15. 07. 2014.

Richter, Maria: Berufsorientierung von Hauptschüler/innen – Welche Rolle spielt die ethnische Herkunft von Jugendlichen? 1. Jahrestagung des Berliner Netzwerks für interdisziplinäre Bildungsforschung (BIEN) „Bildungsentscheidungen und Bildungserfolge“, Berlin, 11./12.09.2014.

Söhn, Janina: In der neuen Heimat noch einmal die ‚Schulbank drücken‘? Zur Bildungsteilhabe erwachsener Migrant(inn)en aus einer Lebenslaufperspektive, Veranstaltung der Sektion Bildung und Erziehung „Aktuelle bildungssoziologische Forschungsprojekte“, 37. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Trier, 06.–10.10.2014.

Söhn, Janina: How does the state shape educational opportunities of immigrants? DFG-Konferenz „Wealth and Disparity: Comparative Analysis of Trends in Inequality in Germany and the United States“, Berlin, 31.10.–01.11.2014.

Tullius, Knut: Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen (von Angestellten). Workshop „Angestellte in der Industrie: Arbeit, Interessen und Interessenvertretung“, veranstaltet vom Institut Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen (IAQ) und der Hans-Böckler-Stiftung. Mülheim a. d. Ruhr, 24./25.06.2014.

Vogel, Berthold: Kapitalismuskritik und Wirtschaftsordnung. Expertenworkshop „Denkanstöße – Oswald von Nell-Breuning zu Grundfragen der Sozialpolitik“. Oswald von Nell-Breuning Institut an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen, 10.04.2014.

Vogel, Berthold: Wohlstandskonflikte vorprogrammiert? Folgen des demographischen Wandels auf dem Lande für unsere Demokratie und den sozialen Zusammenhalt. 34. Sinclair-Haus-Gespräche der Herbert-Quandt-Stiftung, Bad Homburg, 10.05.2014.

Vogel, Berthold: Die Dynamik des Stillstands – oder: Wie viel Segmentation prägt den Arbeitsmarkt? Tagung „Teilhabebarrieren – Vielfalt und Ungleichheit im segmentierten Bildungs- und Beschäftigungssystem“. Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), 23.05.2014.

Vogel, Berthold: Im Schatten der Arbeitsgesellschaft? Vom Bedeutungsgewinn und Sichtbarkeitsverlust der Erwerbsarbeit, im Rahmen der Reihe „Frankfurter Positionen 2015: Ausgeschlossen. Berichte von verdeckten Wirklichkeiten“, Frankfurt, 15.10.2014.

Vogel, Berthold: Der Wert von Arbeit und die Entwicklung der Arbeitswelt. Vortrag auf Einladung der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen bei Lufthansa Technik, Hamburg, 17.11.2014.

Vogel, Berthold: Das demokratische Versprechen. Warum die Arbeitswelt unsere demokratische Zukunft bestimmt. Vortrag in der Karlskirche in Kassel anlässlich des „Sozialpolitischen Buß- und Bettags“, 19.11.2014.

Voskamp, Ulrich: Globale Produktions- und Innovationsstrukturen deutscher Zulieferunternehmen, Workshop „Wert schöpfungsketten und transnationale Gewerkschaftsarbeit“ der IG Metall, Fachbereich „Internationales und Europa“, Steinbach/Taunus, 10.09.2014.

Bücher

Gross, Matthias; Mautz, Rüdiger (2015): *Renewable Energies*. London und New York (Routledge).

Aufsätze

Baethge, Martin (2014): Wissensformen, Kompetenzentwicklung und Professionalität bei Dienstleistungstätigkeiten. In: Schwarz, M. u. a. (Hrsg.), „Professionalität: Wissen – Kontext. Sozialwissenschaftliche Analysen und pädagogische Reflexionen zur Struktur bildenden und beratenden Handelns“, Bad Heilbrunn, S. 86–101.

Baethge, Martin (2014): Der vergessene Bildungsraum: Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung und Arbeitsmarkt. In: *Unterrichtswissenschaft. Zeitschrift für Lernforschung*, 42.Jahrgang/2014/Heft 3, S. 224–243.

Baethge, Martin (2014): Das deutsche Qualifizierungsmodell – Blaupause für Europa im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit? In: Klaus Dörre, Kerstin Jürgens, Ingo Matuschek (Hrsg.), *Arbeit in Europa. Markt-Fundamentalismus als Zerreißprobe*. Frankfurt/New York (Campus), S. 107–124.

Baethge, Martin (2014): Analyse statt Aufregung In: *DSW/Journal* 3/2014; S. 38–39.

Baethge, Martin (2014): Qualifikations-/Beschäftigungsstruktur und Arbeitsmarkt – Studienbrief im Rahmen der Weiterbildung, „Personenbezogene Beratung – Grundlagen und Anwendungsbereiche für das Feld Bildung, Beruf und Beschäftigung“. Heidelberg.

Baethge, Martin (2014): „Labore des Sozialen“ – Verheißung oder Drohung oder ...? In: Sydow, J., Sadowski, D., Conrad, P. (Hrsg.), *Arbeit – eine Neubestimmung*. Managementforschung 24, Wiesbaden (Springer Gabler), S. 291–298.

Baethge, Martin (2015): Die schleichende Erosion im Governance-Modell des deutschen Berufsbildungssystems. In: Irene Dingeldey, André Holtrup, Günter Warsewa (Hrsg.), *Wandel der Governance der Erwerbsarbeit*. Wiesbaden (Springer VS), S. 273–299.

Baethge, Martin; Wieck, Markus (2014): Berufsausbildung: Vor unsicheren Zeiten, *DJI Impulse* Nr. 3, S. 15–18.

Bartelheimer, Peter; Henke, Jutta (2014): Vermitteln, unterstützen, beraten – neue fachliche Ansätze für die Jobcenter. In: *Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit*, Jg. 45, Heft 4, S. 82–93.

Buss, Klaus-Peter (2014): Das Erbe der Kombinate, in: *Unternehmen Region* (Bundesministerium für Bildung und Forschung), Ausgabe 2/2014, S. 22–23.

Buss, Klaus-Peter; Kuhlmann, Martin (2014): Nicht im Alltagsgeschäft stecken bleiben. Wie HR Strategien für Arbeit und Organisation entwickeln kann (Interview). In: *Personalführung*, Jg. 47, Nr. 8, S. 28–33.

Kädtler, Jürgen (2015): Macht und Machtverhältnisse im Rahmen und außerhalb des konventionenökonomi-

schen Programms“ In: Knoll, L. (Hrsg.): *Organisationen und Konventionen – Die Soziologie der Konventionen in der Organisationsforschung*. Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), S. 89–114.

Kohlrausch, Bettina (2014): Das Verhältnis von Bildungs- und Sozialpolitik im investiven Sozialstaat. In: Bauer, Ullrich; Bremer, Helmut; Dobischat, Rolf; Kutschka, Günter (Hrsg.): *Bildungsexpansion und Bildungsnotstand*. Wiesbaden (Springer VS), S. 89–105.

Kohlrausch, Bettina; Rasner, Anika (2014): Workplace training in Germany and its impact on subjective job security: Short- or long-term returns? In: *Journal of European Social Policy* 24, S. 337–350.

Kuhlmann, Martin (2014): Warum Arbeitsgestaltung wichtig ist und worum es dabei geht. In: *Gute Arbeit* (überarbeitete und ergänzte Version), Jg. 26, Nr. 8–9, S. 17–20.

Kuhlmann, Martin (2014): Buchbesprechung: „Hartmut Meine; Hilde Wagner (Hrsg.): *Handbuch Arbeitszeiten. Manteltarifverträge im Betrieb*, Bund-Verlag 2014“. In: *WSI Mitteilungen*, Jg. 67, Nr. 6, S. 491–492.

Lehweß-Litzmann, René (2014): Rationality and freedom? Sen's CA and critical policy evaluation. In: Otto, Hans-Uwe; Ziegler, Holger (Hrsg.): *Critical Social Policy and the Capability Approach*. Opladen (Barbara Budrich), S. 29–44.

Mautz, Rüdiger (2014): Klimawandel und der Beitrag der Bürgerinnen und Bürger zur Transformation des Energiesystems. In: Stefan Böschen, Bernhard Gill, Cordula Kropp, Katrin Vogel (Hrsg.), *Klima von unten. Regionale Governance und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt/New York (Campus Verlag), S. 153–171.

Mautz, Rüdiger (2014): Die Pluralisierung des deutschen Stromsektors – soziale Dynamiken und neue Konfliktfelder. Die Transformation des Stromsystems als soziotechnischer Wandel. In: Martina Löw (Hrsg.), *Vielfalt und Zusammenhalt*. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012. Frankfurt/New York (Campus Verlag) (auf CD-ROM).

Söhn, Janina (2014): Back to school in a new country? The educational participation of adult immigrants in a life-course perspective. In: *Journal of International Migration and Integration*, online first (DOI 10.1007/s12134-014-0401-1), S. 1–22.

Söhn, Janina (2014): How legal status contributes to differential integration opportunities. In: *Migration Studies*, 2 (3), S. 369–391.

Vogel, Berthold (2014): Konfliktdrive oder Verlustdrift? Wie spricht die Soziologie über die Mitte der Gesellschaft? In: Martina Löw (Hrsg.): *Vielfalt und Zusammenhalt*. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012. Frankfurt am Main und New York (Campus), S. 1045–1049.

Vogel, Berthold (2014): Der Staat als Arbeitgeber und Dienstleister. Integrativ und vielfältig? In: Martina Löw (Hrsg.): *Vielfalt und Zusammenhalt*. Verhandlungen des 36. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Bochum und Dortmund 2012. Frankfurt am Main und New York (Campus), CD zu den „Ad-hoc-Gruppen“ (zusammen mit Karin Gottschall; Wolfgang Ludwig-Mayerhofer u. a.).

Vogel, Berthold (2014): Einleitung zu: Im öffentlichen Dienst. Kontrastive Stimmen aus einer Arbeitswelt im Wandel. In: Schultheis, Franz; Vogel, Berthold; Mau, Kristina (Hrsg.): *Im öffentlichen Dienst. Kontrastive Stimmen aus einer Arbeitswelt im Wandel*. Bielefeld (Transcript), S. 9–18 (zus. mit Franz Schultheis).

Vogel, Berthold (2014): Wer trägt die Verantwortung für öffentliche Güter? Ein Kämmerer, ein Hauptamtsleiter, ein Infrastrukturmanager und ein Postbetriebsrat

nehmen Stellung. In: Schultheis, Franz; Vogel, Berthold; Mau, Kristina (Hrsg.): *Im öffentlichen Dienst. Kontrastive Stimmen aus einer Arbeitswelt im Wandel*. Bielefeld (Transcript), S. 165–184.

Vogel, Berthold (2014): Wie lassen sich Erwerbsbiographie und Berufsethos im Dienste öffentlicher Güter darstellen? In: Schultheis, Franz; Vogel, Berthold; Mau, Kristina (Hrsg.): *Im öffentlichen Dienst. Kontrastive Stimmen aus einer Arbeitswelt im Wandel*. Bielefeld (Transcript), S. 283–285.

Vogel, Berthold (2014): Einleitung zu: Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten. In: Flecker, Jörg; Schultheis, Franz; Vogel, Berthold (Hrsg.): *Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten*. Berlin (edition sigma), S. 9–19 (zusammen mit Jörg Flecker; Franz Schultheis).

Vogel, Berthold (2014): Kommunale Verwaltung und lokale Dienstleistungen. In: Flecker, Jörg; Schultheis, Franz; Vogel, Berthold (Hrsg.): *Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten*. Berlin (edition sigma), S. 257–262.

Vogel, Berthold (2014): Der Umbruch der öffentlichen Dienste aus der Sicht der Beschäftigten. Verteilung, Anerkennung und Gemeinwohl. In: Flecker, Jörg; Schultheis, Franz; Vogel, Berthold (Hrsg.): *Im Dienste öffentlicher Güter. Metamorphosen der Arbeit aus der Sicht der Beschäftigten*. Berlin (edition sigma), S. 335–349 (zusammen mit Jörg Flecker; Franz Schultheis).

Vogel, Berthold (2014): Die Bedeutung eines verrechtlichten Sozialsystems für die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. In: Masuch, Peter;

Spellbrink, Wolfgang; Becker, Ulrich; Leibfried, Stephan (Hrsg.): *Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats. Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht*. Band 1. Köln (Erich Schmidt Verlag), S. 297–312.

**SOFI-Forschungskolloquium
Januar und Februar 2015**

Freitag, 16.01.2015

Bettina Kohlrausch/Maria Richter/Tanja Schmidt (SOFI):

Übergangswege von Hauptschülerinnen und Hauptschülern. Ergebnisse aus dem SOFI-Hauptschulpanel

Freitag, 23.01.2015

Heidmarie Hanekop/ Patrick Feuerstein (SOFI)

„Institutional foundations of open innovation and field dynamics in the software industry: from antagonism to contested cooperation between firms and Open Source community“

Freitag, 06.02.2015

Hans-Jürgen Urban (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall):

Gewerkschaftliche Arbeitspolitik und soziologische Arbeitsforschung – am Beginn einer neuen Kooperation?

Freitag, 13.02.2015

Peter Kalkowski/Otfried Mickler (SOFI):

Zwischen Autonomie und Kooperation. Koordination und Strukturierung interorganisationaler F+E-Projekte

Jeweils Freitag, 14.15 Uhr bis 16.30 Uhr, im Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI), Friedländer Weg 31

Texte für die Kolloquien liegen etwa eine Woche vor den jeweiligen Sitzungen im Geschäftszimmer des Instituts für Soziologie und im SOFI als Kopiervorlage aus oder können per E-Mail bei erika.beller@sofi.uni-goettingen.de bezogen werden.

Personalia

Namara Freitag hat nach fast 25jähriger Zugehörigkeit zum SOFI zum 31. Oktober 2014 ihre Tätigkeit im Institut beendet. Wir danken ihr für ihre engagierte Arbeit und wünschen ihr für weiterhin alles Gute.

Prof. Dr. Jürgen Kädtler hat für März 2015 eine Einladung als Gastprofessor an die Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales in Paris erhalten.

Dr. Klaus-Peter Wittemann ist nach 38 Jahren Forschung am SOFI zum 30. September 2014 in den Ruhestand gegangen. Wir wünschen ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute und hoffen, dass er uns als engagierter Berater und Diskussionspartner noch lange erhalten bleibt.